

Der Befehlshaber der Sicherheitskräfte  
und des SB - Besatzung: 22. MRS 1943

Oslø, den 9. 3. 43

Chefintendant  
28/1/43

*Handwritten signatures and initials*

Tgb. Nr. 156/43 B
Abt. Ia
31. MARS 1943
2-Art. 1. dos
1. 21. /
A.O.K. Norwegen
O. Qu. 1
15. MRZ. 1943
Tgb. Nr. 21.56/43
Ant. geh

**Geheim!**

107550

A.O.K. Norwegen (1c)
Eing.: 12. MRZ. 1943
Nr.: 1510/43g
Anl.

**Meldungen aus Norwegen**

Nr. 52 A14/IIa ✓

*Spieslandrecht*  
*Texte 31-33, 44-48.*  
*Q. Qu. Texte 34-37*

Vorliegender Bericht ist nur **persönlich** für den Empfänger bestimmt und enthält Nachrichtenmaterial, das der Aktualität wegen **unüberprüft** übersandt wird.

Erscheint wöchentlich

*Handwritten notes on the left margin*

Wiedervorlage O. Qu.  
nach Rückkehr  
*Handwritten initials and notes*

A.O.K. Norwegen
Eing.: 15. MRZ. 1943
O. Qu. / A.O. Kron Nr. 524/19g

*Handwritten signature and date*

Inhaltsübersicht.A - Allgemeine Lage.a) Stimmung.

Seite: 1 - 4

Stellungnahme der norwegischen Bevölkerung zur bolschewistischen Gefahr - Haltung zu russischen Kriegsgefangenen - Stimmungsmässige Aufnahme des Gesetzes über den nationalen Arbeitseinsatz.

b) Innerpolitische Entwicklung:

Seite: 5 - 6

Politische Erörterungen über das Gesetz für den nationalen Arbeitseinsatz - Norsk Studentersamband - Arbeitseinsatz - Parteikonflikte zwischen Minister Hagelin-Reichs-ökonomiechef Thronsen und den Ministern Fuglesang und Prytz.

B - Gegner.a) Allgemeine Widerstandsorganisation:

Seite: 7 - 10

Struktur der illegalen norwegischen Widerstandsorganisation - Sabotageanschlag auf das Werk Vemork/Rjukan - Britischer Flugzeugangriff auf die Knabengruben - Neu erschienene Flug- und Hetzschriften.

b) Marxismus, Kommunismus.

Seite: 10

Verurteilung von 17 norwegischen Kommunisten wegen Versuchs bolschewistischer Zersetzungsarbeit.

c) Kirche.

Seite: 11 - 12

Neue Einigungsversuche des Kirchendepartements auf dem Kirchensektor. - Stellungnahme kirchlicher Kreise zum Gesetz für den nationalen Arbeitseinsatz und zur Rede des RK und Ministerpräsidenten Quisling am 22. 2. 1943.

C - Lebensgebiete.a) Nasjonal Samling.

Seite: 13 - 17

Personalpolitik Minister Fuglesangs - Prozeß gegen den ehemaligen Hirdtroppführer Minsaas vor dem Volksgerichtshof - Hirdchef Møystads Stellung im Hird.

Waffen SS.

Seite: 18 - 19

Aufstellung des Panzergrandierregimentes Norwegen.

c) Kulturelles Leben.

Wissenschaft und Hochschule.

Seite: 20 - 21

Opposition der Studentenschaft gegen den Norsk Studentersamband.

Schule und Erziehung.

Seite: 22

Versuch der Weiterführung des Lehrerkonfliktes.

Jugenddienst.

Seite: 23

Versuche seitens der NS zur Durchführung des allgemeinen Jugenddienstes:

Rundfunk

Seite: 24 - 25

Neuer Direktor des norwegischen Rundfunks - Stellung Dr. Mehles im Rundfunk.

d) Verwaltung und Recht.

Seite: 26

Begnadigung der zum Tode verurteilten Norweger aus Kristiansand.

e) W i r t s c h a f t .

Ernährung.

Seite: 27 - 28

Klagen der Arbeiterschaft über mangelnde Ernährung.

Industrie.

Seite: 29 - 39

Auswirkungen der Einladung norwegischer Wirtschaftsführer nach Skaugum - Verhältnisse in der Nordag (Baustelle Eitrheim) - Betrügerische Machenschaften norwegischer Firmen, die für die Wehrmacht arbeiten - Verwendung alter Benzin- und Mineralölbestände für nicht kriegswichtige Fahrten - Ungünstige Auswirkung eines Artikels im "Drontheimer Dagsposten" über "Steuererleichterung für deutsche Kapitalarrangements im Auslande".

Arbeits- und Sozialwesen.

Seite: 39 - 48.

Auswirkungen des Gesetzes über den nationalen Arbeitseinsatz - Einführung eines neuen Bauarbeitertarifs.

## A - Allgemeine Lage.

### a) Stimmung.

Die allgemeine Stimmung steht nach wie vor unter dem Eindruck des Gesetzes über den nationalen Arbeitseinsatz vom 22.2.1943.

Wie aus zahlreichen Berichten aus verschiedenen Teilen des Landes erkennbar ist, hat das Gesetz dazu beigetragen, daß die bolschewistische Gefahr noch leichtfertiger abgetan wird, als das schon vorher bei der Mehrheit des norwegischen Volkes der Fall war. Die am weitesten verbreitete Auffassung ist z.Zt., daß Deutschland kurz vor dem militärischen Zusammenbruch stehe. Die Überzeugung, daß der Krieg in wenigen Wochen oder Monaten - mindestens aber noch im Laufe dieses Jahres - zu Ende sein wird, ist durch das Gesetz über den nationalen Arbeitseinsatz, das allgemein als deutsches Schwächezeichen gedeutet wird, entscheidend vertieft worden.

An der gesamten Westküste von Stavanger bis Drontheim konnten in diesem Zusammenhang lebhaft Gerüchte über bevorstehende englisch-amerikanische Invasionen festgestellt werden. Aus Stavanger werden z.B. Evakuierungsvorbereitungen unter der Bevölkerung gemeldet.

Eine stimmungsmässige Sonderentwicklung ist in Nordnorwegen feststellbar. Trotz der Ablehnung, die auch hier das Gesetz für nationalen Arbeitseinsatz in zahlreichen Kreisen der Bevölkerung findet, ist andererseits doch mit deutlichem Hinblick auf die drohende bolschewistische Gefahr ein gewisses Verständnis für die Notwendigkeit einer norwegischen Teilnahme am totalen Arbeitseinsatz feststellbar.

In diesem Zusammenhang ist noch zu bemerken, daß aus verschiedenen Teilen des Landes berichtet wird, daß sehr häufig die Auffassung vertreten wird, die Befreiung Norwegens vom Nationalsozialismus - der sich im übrigen ja doch nicht mehr allzuviel vom sowjetischen System unterscheidet - sei nicht zu

- 2 -

teuer bezahlt, wenn man dafür Norðnorwegen der Sowjetunion überlasse. Entsprechende Meldungen liegen aus Stavanger und Oslo vor.

Bezeichnend für die Haltung der Mehrheit der Bevölkerung sind folgende Vorgänge:

Beim An- und Abtransport von russischen Kriegsgefangenen zu bzw. von einzelnen Baustellen in der Nähe von Lillehammer kam es am 22. Februar zu Demonstrationen. An einer Stelle hatten sich etwa 50 Personen eingefunden, die den Russen Huldigungen durch Zurufen, Zuwinken, Zuwerfen von Lebensmitteln und Rauchwaren darbrachten. Am selben Tage wurden auf einzelnen Baustellen von mehreren Norwegern an russische Kriegsgefangene Lebensmittel verschenkt. Die Bewachungsmannschaften schritten nicht ein. Die beteiligten Norweger konnten bisher nicht ermittelt werden.

Am 22. und 23. Februar kam es beim Transport von russischen Kriegsgefangenen durch Lillehammer ebenfalls zu Demonstrationen, wobei wiederum den Gefangenen Lebensmittel zugereicht wurden. Am 23.2. wurden hierbei 3 Personen verhaftet.

Am 23.2. verteilten 4 Schülerinnen der Hammerseng Pensionatsschule - bekannt in der Bevölkerung unter dem Namen "Hochschule für die Ausbildung von Jössinger-Kindern" - auf einer Baustelle an russische Kriegsgefangene Butterbrote, Zigaretten, Drops und Obst. Es wurde festgestellt, daß die Schülerinnen mit Genehmigung der beiden Besitzerinnen der Pensionatsschule gehandelt haben.

Aus Bergen wird berichtet, daß in Odda von der Bevölkerung ein Kinostreik durchgeführt wird, der als Demonstration gegen die Verurteilung von Kommunisten, die aus Odda und Tyssedal stammen, anzusehen ist.

Desgleichen ist es in Lillehammer zu einem Kinostreik gekommen. Dieser Streik wird damit begründet, daß anlässlich des Falles von Stalingrad sämtliche Kinos des Landes einige Tage geschlossen worden waren.

- 3 -

Die Haltung des größten Teiles der Bevölkerung zu dem Gesetz für den nationalen Arbeitseinsatz kann z.Zt. als "unruhig, unsicher, ängstlich abwartend" gekennzeichnet werden, wobei fast durchweg als Grundton die Entschlossenheit zur Sabotage und Verzögerung der getroffenen Maßnahmen feststellbar ist.

Das allgemeine Unsicherheitsgefühl hat seine Ursache in der Ungewißheit über die Verwendung, die der Einzelne im Zuge der Durchführung des Gesetzes finden wird. Sehr weit verbreitet ist in diesem Zusammenhang nach wie vor die Befürchtung vor einer Verschickung nach Deutschland oder in die besetzten Ostgebiete.

Gegnerische Kreise sind damit beschäftigt, die Entschlossenheit zur Sabotage und Verzögerung der Durchführung des Gesetzes zu fördern. So wird z.B. aus Oslo berichtet, daß die Bevölkerung mit einem gewissen Erfolg dazu aufgefordert wird, die an öffentlichen Stellen ausliegenden Formulare, die von den Arbeitspflichtigen an die Arbeitsämter einzureichen sind, in großen Mengen mit falschen Namen und sonstigen Daten auszufüllen und dadurch bei den Arbeitsämtern Verwirrung zu schaffen.

In Stavanger wurde ein Flugblatt unter der Überschrift "Norwegischer Aufruf" erfaßt. Das Flugblatt befaßt sich mit dem Gesetz über den nationalen Arbeitseinsatz und erhebt einleitend die Forderung nach Eröffnung der "zweiten Front" in Norwegen, damit dem norwegischen Volke Gelegenheit gegeben werde, mit der Waffe in der Hand für seine Freiheit gegen Hitlerdeutschland zu kämpfen. Die norwegischen Männer und Frauen werden aufgefordert, alle Anordnungen der nazifizierten Behörden zu sabotieren, sich der Zwangsarbeit zu entziehen und in ihren Arbeitsstellen die Produktion zu verzögern.

Aus Oslo wird berichtet, daß die Erörterung der Landesflucht nach wie vor besonders von der Jugend betrieben wird. Aus Kongsvinger meldet in diesem Zusammenhang ein Bericht vom 23.2., daß in den Tagen vor dem 22.2.1943 die Landesflucht sehr stark zugenommen habe. Allein aus dem Gebiet Setskogen

- 4 -

seien in den Nächten vom 21. zum 22. und vom 22. zum 23.2.43 15 Personen nach Schweden geflohen. Der Bericht gestattet noch keine Übersicht darüber, ob die Landesflucht auch nach Bekanntwerden des Gesetzes über den nationalen Arbeitseinsatz angehalten hat. Es kann nach den in Oslo getroffenen stimmungsmässigen Feststellungen angenommen werden, daß die vor dem 22. Februar allgemein verbreiteten Gerüchte über eine bevorstehende militärische Mobilisierung eine gewisse Erhöhung der Zahlen von Fällen der Landesflucht verursacht haben und daß die nach dem 22. Februar feststellbare Beruhigung sich auch in Richtung auf eine Verminderung der Zahl der Landesfluchtfälle ausgewirkt hat.

## b) Innerpolitische Entwicklung.

Die innerpolitische Diskussion beschäftigt sich z.Zt. vor allen Dingen mit dem Gesetz für den nationalen Arbeitseinsatz.

Mit besonderem Interesse sieht man in weiten Kreisen den Ausführungsbestimmungen und der Durchführung des § 4 des Gesetzes über den nationalen Arbeitseinsatz entgegen. Dieser Paragraph, der dem Departement für Handel, Industrie, Handwerk und Fischerei das Recht zuspricht, Wirtschaftsverbände zu schaffen, wird vielfach dahingehend gedeutet, daß es der Nasjonal Samling auf diesem Wege möglich gemacht werden soll, nun doch noch die bisher gescheiterte Aktion zur Gleichschaltung von Wirtschafts- und Berufsverbänden durchzuführen. Diesmal komme es der NS zustatten, daß hinter der Aktion der Reichskommissar stehe.

Überhaupt kann ganz allgemein gesagt werden, daß die durch das Gesetz für den nationalen Arbeitseinsatz geschaffene Situation in starkem Masse durch die Erklärung des Reichskommissars geprägt ist, wonach das Deutsche Reich mit seiner ganzen Autorität hinter den Maßnahmen der Regierung zur Hebung der Leistung Norwegens im Abwehrkampf gegen den Bolschewismus stehe. Die gegnerische Flüsterpropaganda läßt bis jetzt erkennen, daß man es vorläufig nicht auf eine offene Auseinandersetzung ankommen lassen will.

Dagegen hat inzwischen der weitere Verlauf der in den letzten "Meldungen aus Norwegen" erwähnten Initiative der Leitung des Norsk Studentersamband zur Regelung des studentischen Arbeitseinsatzes gezeigt, daß die gegnerischen Kreise entschlossen sind, überall dort energischen Widerstand zu leisten, wo die NS unter Ausnutzung der ihr durch das Gesetz für den nationalen Arbeitseinsatz gebotenen Möglichkeiten versucht, politische Ziele zu erreichen. Wie bereits berichtet, hatten anlässlich einer Versammlung des Norsk Studentersamband etwa 1 200 Studenten offenbar unter dem unmittelbaren Eindruck der ihnen von der Leitung des Norsk Studentersamband gebotenen Möglichkeit, sich zum Teil dem Arbeitseinsatz entziehen zu können,

- 5 -

durch Aufstehen ihre Übereinstimmung mit der Leitung des Norsk Studentersamband zum Ausdruck gebracht. Diese Demonstration, die an sich zweifellos als ein Erfolg der NS anzusehen war, hat nunmehr zu einer Gegenaktion gegnerischer Studentenkreise geführt, in deren Verlauf etwa 2 600 Studenten schriftlich erklärten, daß sie den Norsk Studentersamband nicht als eine Organisation ansähen, die die Studentenschaft vertreten.

Die in den letzten "Meldungen aus Norwegen" erwähnten verstärkten Bestrebungen zur Ausbootung Minister Hagelins und Riksökonomiechef Thronsens haben durch den ergebnislosen Verlauf der auf Anweisung des Ministerpräsidenten Quisling gegen Thronsen durchgeführten Untersuchungen an Aktualität verloren. Damit dürfte auch die Aussicht auf Verwirklichung der von Minister Prytz angestrebten umfassenderen Regierungsumbildung geringer geworden sein.

In diesem Zusammenhang wird bekannt, daß nunmehr Riksökonomiechef Thronsen seinerseits schwere Vorwürfe gegen führende Persönlichkeiten der Partei erhebt, die Minister Prytz und Minister Fuglesang nahestehen. So werden vor allem der Wirtschaftsbeauftragte der NS Whist, der Fylkesmann in Porsgrunn Knudsen sowie dessen Sohn, der Sekretär des Schiffsreederverbandes Franklin Knudsen usw. illegaler Beziehungen nach England beschuldigt.

Die gegenseitigen Vorwürfe der beiden Parteikliquen werden auch von der breiteren Parteiöffentlichkeit bis in die Provinz hinein erörtert. Diese Diskussion führt der allgemeinen Gerüchtbildung über die Führungsverhältnisse der Partei immer neues Material zu und trägt damit ständig zur Minderung des Partei-Prestiges bei.

"Meldingen om Norge" 1942  
 1/3.43

63

R. - G o g n e r .

a) Allgemeine Widerstandsbewegung.

Die abwehrpolizeilichen Ermittlungen der letzten Zeit haben folgendes Bild vom Aufbau der norwegischen Widerstandsorganisation ergeben:

Träger des Hauptwiderstandes ist die Militärorganisation (Mil. Org.). Ihre Leitung befindet sich in England. Sie besteht aus früheren norwegischen Offizieren. Oberster Leiter ist ein früherer norwegischer General. In Norwegen ist die Organisation in mehrere Distrikte eingeteilt, deren Grenzen etwa den Verwaltungsdistrikten angeglichen sind. Der Leiter der Distrikte untersteht in Norwegen einem Führungsstab, dem ein kürzlich aus Oslo geflüchteter früherer Generalstabsoffizier angehört. Der Gesamtorganisation unterstehen Fachgruppenleiter mit Fachgruppen. Auch die Distrikte werden jeweils in Fachgruppen unterteilt. Die Fachgruppeneinteilungen bei der zentralen Leitung und den Distrikten weichen nur in Einzelheiten voneinander ab. So finden sich beispielsweise bei der zentralen Leitung keine Fachgruppen für Kampf- und Partisanengruppen, weil diese Aufgaben von Inspektoren durch unmittelbare Verbindung mit den Distriktsleitern und den Kampfgruppen und "Partisanen"-Gruppen der Distrikte zentral wahrgenommen werden. Andererseits sollen bei der zentralen Leitung Fachgruppen getrennt für Kuriere im Inland und Kuriere für den Verkehr nach Schweden bestehen, während bei den Distrikten eine Fachgruppe das Kurierwesen umfaßt. Allgemein bestehen bei der zentralen Leitung und den Distrikten Fachgruppen für Funker, Waffen, Nachrichten, Pioniere, Sanitäter, Versorgung, Transport, "Export", Kriegspolizei und Zivilorganisation. In den Aufgabenbereich der Zivilorganisation fällt dabei die Propagandaarbeit, bei der zentralen Leitung auch die Tätigkeit einer sogenannten Polizei- und Terrorgruppe, <sup>die</sup> die Umhändlichmachung von Mitarbeitern der Polizei oder unsuverlässiger Organisationsangehöriger zur Aufgabe hat.

Die Ermittlungen haben gezeigt, daß die Trennung zwischen diesen Fachgruppen weder in den Distrikten noch bei der zentralen Leitung streng durchgeführt worden ist und gerade in letzter Zeit einzelne Personengruppen, nahezu unabhängig voneinander, in der Zentrale in Oslo Nachrichtenbeschaffung, Propaganda und "Export" betrieben haben. Auch die Trennung der Fachgruppen Transport, Versorgung und Kuriere von der Tätigkeit dieser Gruppen war nicht deutlich zu erkennen.

Die Festnahme des Fachgruppenleiters "Funker" in der zentralen Leitung der Militärorganisation in Oslo hat gezeigt, daß die der Organisation zur Verfügung gestellten Funker überwiegend mit anderen Aufgaben betraut waren, die sie nach ihrer Schulung in England vom britischen ND erhalten hatten. Sie waren teils für die sogenannte Norwegian Independence Company (Nor.I.C.), teils unmittelbar für den Secret Intelligence Service (S.I.S.) tätig.

Die Nor.I.C. hat eine wahrscheinlich von britischen und norwegischen Offizieren gebildete Leitung in England und entsendet neben Funkern Agenten als Instruktoren für die Schulung der Kampfgruppen nach Norwegen. Aufgabe dieser Instruktoren ist es, aus den Beständen der Kampfgruppen der Militärorganisation kleinere schlagkräftige Gruppen für den Kleinkrieg zu bilden und an modernen englischen Waffen, insbesondere Maschinenpistolen und Wurfsprenghwaffen, zu schulen. Die Nor.I.C.-Gruppen haben daneben die Aufgabe, den Waffenabwurf und den Absprung weiterer Agenten durch Aufrechterhaltung des Funkverkehrs mit England sowie Auswahl und Sicherung geeigneter Plätze vorzubereiten. Daneben führen die Nor.I.C.-Gruppen jeweils zweckmässig erscheinende Sonderaufgaben durch. Instruktoren der Nor.I.C. wurden im Jahre 1942 mehrfach in Südnorwegen erfaßt, einige im Oktober 1942 mit Fallschirmen abgesprungene Instruktoren haben auch die Schulung von Kampfgruppen übernommen, die in ihrer Leitung in Norwegen kommunistisch zusammengesetzt waren. Nor.I.C.-Gruppen haben im Bereich des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD Stavanger im vorigen Jahr das norwegische Küstenschiff "Galtesund" gewaltsam nach England entführt. Auch der vor kurzen unternommene Versuch, das Küstenschiff "Tromsøisund" zu entführen, ist wahrscheinlich von Angehörigen der Nor.I.C. unternommen worden.

Es hat sich gezeigt, daß auch einzeln arbeitende Sender des S.I.S. und die für den Sendebetrieb eingesetzten Funker der Nor.I.C. mit der Leitung bzw. den Distrikten der Militärorganisation in Verbindung gesetzt wurden, um ihre Unterkunft und ihre Lebensführung in Norwegen sicherzustellen. Dabei trat als Folge eine Verbindung der Aufgaben dieser Funker mit den Aufgabengebieten der Militärorganisation, der Nor.I.C. und des S.I.S. ein. Auch Nachrichten- und Kurierverbindungen des britischen ND in Schweden kamen mit der Militärorganisation in Norwegen in Verbindung und arbeiteten unter Ausnutzung der von dieser geschaffenen Nachrichtenverbindung und Hilfsmöglichkeiten für Unterkunft und Deckung.

Die Ermittlungen der letzten Wochen lassen in steigendem Masse eine Verwirrung innerhalb der Gesamtorganisation erkennen, wobei insbesondere der "Export", d.h., die Beförderung gefährdeter Organisationsangehöriger über die Grenze, durch die Zugriffe der Polizei an Bedeutung gewonnen hat und sich zu einem Aufgabengebiet der einzelnen Gruppen in eigener Hilfszuständigkeit entwickelte. In steigendem Masse konnte dabei der Wille zum Gelderwerb als Triebfeder für die Tätigkeit der gerade die Arbeit der Gruppen bestimmenden Personen festgestellt werden. Auch Einbrüche und Diebstähle krimineller Art wurden als Tätigkeit einer Gruppe festgestellt, die im übrigen Nachrichtendienst, Einführung von Propagandamaterial aus Schweden und Export betrieb und in der ein seit längerer Zeit gesuchter Kommunist eine bedeutsame Rolle spielte. Die Mitarbeit von Studenten gerade bei nachrichtendienstlichen Aufgaben ist weiterhin stark.

Ein Sabotageanschlag auf das Werk Vemork/Rjukan und ein britischer Flugzeugangriff auf die Knabengrube bestätigen das seit langem von der Sicherheitspolizei den zuständigen Dienststellen gemeldete feindliche Interesse an der Zerstörung der wichtigsten wehrwirtschaftlichen Betriebe in Norwegen. Im Werke Vemork bei Rjukan wurde in der Nacht vom 27. zum 28.2.1943 gegen 1,15 Uhr eine wehrwirtschaftlich wichtige Anlage durch Explosion und Sprengladungen zerstört. Der Anschlag wurde von drei bewaffneten mit graugrüner Uniform bekleideten Personen ausgeführt.

Die Täter waren durch Zerschneiden einer Torkette unbemerkt in das Werkgelände und dort durch Umgehung eines deutschen Militärwachtpostens und norwegischer Werkschutzmänner zu der Stelle des Gebäudes gelangt, an der sich die betreffende Anlage befand. Aus den von den Tätern zurückgelassenen Gegenständen ist zu vermuten, daß die Täter aus England kamen. Die sicherheitspolizeilichen Ermittlungen in dieser Angelegenheit laufen noch.

In der Berichtszeit sind außer den bereits periodisch erscheinenden illegalen Flug- und Hetzschriften folgende neu erschienen:

"Mor og Far",  
 "Utposten",  
 "Oversikt",  
 "Jössinger",  
 "Fremgangen",  
 "Korset och Hakekorset",  
 "Kyrkan och Politiken",  
 "Nyttaarshilsen til det norske folk",  
 "Til ministerpresident Quisling",  
 "Ukenytt",  
 "Den Norske Kirke i kampf",  
 "Krigsoversikt" und  
 "De siste krigsmeldunger".

#### b) Marxismus, Kommunismus.

Am 27. Februar 1943 wurden vom SS- und Polizeigericht Nord 17 norwegische Kommunisten wegen des Versuches bolschewistischer Zersetzungsarbeit und Betätigung für einen Feindstaat zum Tode verurteilt. Eine weitere Gruppe von Kommunisten wurde in Schutzhaft genommen und nach Deutschland überstellt. Im Zuge der Ermittlungen gegen den derzeitigen Organisationsleiter der illegalen kommunistischen Partei Norwegens wurden weitere 8 Personen festgenommen, die sich mit der Verteilung illegaler kommunistischer Flugblätter befaßt hatten.

Neue Festnahmen von Kommunisten wurden in grösserem Umfange in Brontheim, Lillehammer und Oslo durchgeführt. Bei den Festnahmen in Oslo, wo eine in der Hauptsache aus Handarbeitern bestehende kommunistische Flugblattverteilergruppe ausgehoben wurde, ist festgestellt worden, daß anstelle des von der Sicherheitspolizei erschossenen Organisationsleiters der illegalen KPN, der Kommunist Eugen W i k getreten ist.

c) K i r c h e .

Wie es bereits in dem Aufruf zum Ausdruck kam, den die norwegischen Bischöfe im Anschluß an die "Kirchliche Ratsversammlung" veröffentlichten, wünscht die Kirchenleitung, sich mit der kirchlichen Opposition zu verständigen. Auch das Kirchendepartement unternahm trotz aller bisher gescheiterten Verhandlungen neue Versuche zum Zwecke einer Einigung und zur Schaffung ruhiger Verhältnisse im norwegischen Kirchenleben. Auch wird alles getan, um der kirchlichen Opposition die Möglichkeit zu weiterer Erregung und zur Fortsetzung des Widerstandes zu nehmen. So ist bereits einer Reihe von verabschiedeten Pfarrern wieder die Erlaubnis erteilt worden, Amtstracht zu tragen und in ihren früheren Kirchen zu predigen. In verschiedenen anderen Fällen hat sich der Leiter der Kirchenabteilung des Kirchen- und Unterrichtsdepartements, Feyling, persönlich bemüht, zu einer Verständigung zu kommen. So sollte z.B. der Osloer Pfarrer Hamnerström ausgewiesen werden, weil er die Unterschrift des Chefs der norwegischen Staatspolizei auf einem Ernüchtigungsschreiben für den Osloer Bischof Frøyland nicht anerkannte. Hamnerström erhielt durch Feylings Eingreifen die Erlaubnis, in seiner Osloer Gemeinde bleiben zu können. Auch im Falle Hansteen hat sich Feyling persönlich eingesetzt. Hansteen - ein Schwager des verstorbenen Ministers Lunde - gehörte zunächst der NS an, verkündigte jedoch kürzlich öffentlich in seiner Gemeinde, daß auch er zur kirchlichen Opposition übergetreten sei und künftig nur Weisungen von der alten Kirchenleitung, d.h. von ehemaligen Bischof Berggrav entgegennehmen würde. Durch ein persönliches Gespräch mit Hansteen erreichte Feyling, daß dieser das Versprechen abgab, sich künftig nicht oppositionell zu betätigen. Auch in einem Schreiben an die Amtswalter der Partei brachte das Kirchendepartement diese Haltung zum Ausdruck. Es heißt in diesen Rundschreiben u.a.: "Was die illoyalen Pfarrer angeht, so dient es - wenn man alles in Betracht zieht - den Interessen des Volkes, der Partei und der Kirche am meisten, wenn man diese möglichst übersieht. Es zeigt sich schon jetzt, daß das Volk der politischen Reden und der Verlesung politischer Artikel in der Kirche müde wird. Das Klügste ist daher, den politischen Mißbrauch der Gottesdienste durch diese Pfarrer weitnöglichst zu übersehen. Die Saat, die sie säen, werden sie einmal ernten." .....

....."Es ist nunmehr Zeit zu einer positiveren Behandlung der kirchlichen Opposition. Es ist wichtiger, die loyalen Pfarrer heranzuziehen, ihnen alle mögliche Hilfe zu geben und auch deren Gottesdienste zu besuchen, als den illoyalen Pfarrern gegenüber einzugreifen. Es ist wichtiger, sich des loyalen Teils des Kirchenvolkes innerhalb der illoyal geführten Kirchengemeinden anzunehmen, als die gegnerischen Pfarrer aus ihren Stellungen und ihren Wohnsitzen zu entfernen, ohne Pfarrer zu haben, die man an deren Stelle setzen kann. Das norwegische Kirchenvolk dürfte nunmehr zu dem Verständnis gekommen sein, daß die wirkliche Gefahr für Christentum und Kirche ein sowjetrussischer Sieg ist und daß der beste Schutz gegen die Gefahr von Osten ein un. Vidkun Quisling gesammeltes Volk ist. Es ist daher zum Besten des Volkes, der Partei und der Kirche, daß die kirchlichen Probleme mit einer gewissen Toleranz und abwartenden Ruhe behandelt werden, damit das Jahr 1943 ein möglichst friedliches Kirchenjahr werden kann."

Die Einführung der Arbeitsdienstpflicht und die anlässlich der Kundgebung vom 22. Februar von Reichskommissar und Ministerpräsident Quisling gehaltenen Reden sind in kirchlichen Kreisen viel debattiert worden. Die Anschuldigung Quislings in seiner Rede gegen die norwegische Kirche und Geistlichkeit wird als nicht klug hingestellt. Man müsse sich bei diesen Ausfällen Quislings gegen die Kirche fragen, was für einen staatsmännischen Vorteil er sich davon verspreche, in aller Welt bekanntzugeben, daß die Geistlichkeit an der Spaltung im norwegischen Volke schuld sei. Er müsse doch vielmehr ein Interesse daran haben, die Welt glauben zu machen, er stehe sich mit der Kirche ausgezeichnet, vor allen jetzt, wo man den Kampf gegen Rußland als eine Verteidigung des Christentums gegen die bolschewistische Gottlosigkeit darstelle.

C - Lebensgebiete.a) Nasjonal Samling.

Die durch die Entwicklung in Osten bedingte Nervosität innerhalb weiter Mitgliederkreise der Nasjonal Samling, die nur vorübergehend nach der Verkündung des "Nationalen Arbeitseinsatzes" optimistischeren Auffassungen gewichen war, kommt neuerdings in zahlreicheren Austritten zum Ausdruck. In der überwiegenden Mehrzahl handelt es sich dabei um solche Mitglieder, die nach 1940 aus opportunistischen Gründen und ohne politische Überzeugung zur NS gestossen waren. Von Parteiseite ist man bemüht, diese Austrittsbewegung zu bagatellisieren.

Die Ruhe auf dem Gebiet der Parteipropaganda ist in steigendem Masse in aktivistischeren Kreisen der NS Gegenstand heftiger Kritik, bei der man sich gleichzeitig auch mit der Person des Minister F u g l e s a n g befaßt. In den Gesprächen dieser NS-Mitglieder wird Fuglesang vorgeworfen, daß sich seine Tätigkeit sowohl als Propagandaminister, als auch Generalsekretär der Partei auf reine Partei-Personalpolitik beschränke, die der NS in ihrer Entwicklung als nationalsozialistische Bewegung Norwegens bisher nur geschadet habe. Fuglesang sei zuviel Personalchef, der in allen Fällen aus kleinen Gesichtspunkten heraus, die Personalpolitik jeder sachlichen Arbeit voranstelle. Selbst in Kreisen mittlerer Parteifunktionäre bezeichnet man die Be-  
trauung Fuglesangs als Propagandaminister als einen Mißgriff, der sich in der Entwicklung der NS ungünstig auswirken werde.

Die Begnadigung der zum Tode verurteilten 10 jungen Norweger aus Kristiansand wurde durch das Eintreten des dortigen Fylkesführers H a e r e i d , der sich an Quisling gewandt und diesen gebeten hatte, sich beim Reichskommissar für eine Begnadigung einzusetzen, in Zusammenhang mit den Veröffentlichungen Haercids in der Fylkespresse des Sörlandets, in NS-Kreisen stark besprochen.

- 14 -

Das Gesuch um Begnadigung hatte Haereid mit 6 Punkten begründet und darin zum Ausdruck gebracht, daß er die Überzeugung habe, daß mit der Begnadigung dieser 10 jungen Norweger eine Bresche in die politische Mauer, die gegen NS und Deutschland stehe, geschlagen würde. Die Tatsache, daß sich die angesehensten Männer der Stadt persönlich an die Partei gewandt hätten, sei ein Schritt in dieser Richtung. In den Zeitungen des Fylkes hatte sich Haereid mit einem Artikel unter der Überschrift "Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist" an die Gegner gewandt und diese aufgefordert, von ihren Treiben, zu den sie sich durch Verhetzung hinreissen lassen, Abstand zu nehmen. Später hielt Haereid eine Versammlung ab, zu der er die Angehörigen der Verurteilten geladen hatte, ohne daß alle erschienen waren. Auch über diese Veranstaltung wurde in der Presse des Fylkes in sensationeller Form, z.B. in der "Agder Tidende" unter der Überschrift "Mehrere Jungens unserer Stadt sind zum Tode verurteilt worden und sollen erschossen werden. Quisling hat es aber fertig gebracht, daß das Urteil nicht vollstreckt wird", berichtet.

Der Prozeß gegen den ehemaligen Hirtropfführer Fredrik M i n s a a s , der am 26.2.1943 vor dem Volksgericht begann, wurde in breitesten NS-Kreisen mit großer Aufmerksamkeit und Spannung verfolgt.

Minsaas war bei der seinerzeitigen Aktion des Fliegerhird gegen einige ehemalige Freinaurer, die der NS angehören, tötlich vorgegangen. Der Ausschluß des M. aus der Partei und den Hird war bereits nach seiner Verhaftung in Oktober vorigen Jahres erfolgt. Die Anklage gegen Minsaas, der bis zum 1. Verhandlungstag 134 Tage in Haft gesessen hatte, erfolgte wegen Körperverletzung. Vertreter der Anklage war Riksadvokat N o r v i k , Verteidiger Höchstgerichtsadvokat W i e s e n e r . Das Gericht stand unter dem Vorsitz des Lagdommers W e s m a n n . Zwei der von Minsaas tötlich beleidigten Personen, der Fylkesmann Stenersen und Ing. Carlén, hatten ihre Strafanträge gegen Minsaas zurückgezogen. Der dritte tötlich Beleidigte, der Vorsitzende des Volksgerichts, A a l v i k - P e d e r s e n , wurde von Anklagevertreter an der Zurückziehung seines Antrages auf Strafverfolgung mit der Begründung gehindert, daß die Anklage aus

allgemeinen Gründen und grundsätzlichen Erwägungen aufrecht erhalten werden müsse.

Damit hatte der Anklagevertreter die Fortsetzung des Prozesses erzwungen und auf diese Weise dazu beigetragen, daß es in diesem Prozeß zu einem Urteil, bzw. zu einem Freispruch des Angeklagten kam.

Als Zeugen waren neben dem ehemaligen Führer des Fliegerhird, Reidar A a g a a r d , der Arzt H o y g a a r d und der Architekt Eugen W i l s e n als Sachverständiger für Freimaurerfragen, vorgeladen. Gegen die Vernehmung des Architekten Nilsen als Sachverständigen für Freimaurerfragen hatte der Anklagevertreter protestiert, jedoch wurde sein Protest vom Vorsitzenden zurückgewiesen. Das Auftreten des von Anklagevertreter als Sachverständigen vorgeladenen Justitiarius H e l l i k s e n , der durch seine freimaurerfreundliche Artikelserie über "Die Heimlichkeiten des Freimaurerordens", den ersten Anlaß zu der freimaurergegnerischen Stellungnahme weiter Kreise des Hird und der Partei [REDACTED] gegeben hatte, hat allgemeine Überraschung hervorgerufen. Helliksen erschien in der Uniform eines Hirdmannes und begann seine Stellungnahme mit allgemeinen Bemerkungen, die sich mit seiner in der erwähnten Artikelserie in "Aftenposten" veröffentlichten Einstellung zur Freimaurerei deckten. Als besonderes Positivum der Freimaurer hob er "die glühende Vaterlandsliebe und den großen Einsatz" von Freimaurern in Norwegen, vor allen seit dem Kriege, hervor.

Helliksen führte weiter aus, daß die Freimaurerfrage in Deutschland besonders durch General Ludendorff an die Öffentlichkeit gezogen worden sei. Dieser habe darüber sehr harte Worte zu sagen gehabt. Der beste Kenner dieser Frage sei heute in Deutschland jedoch Professor S i x . Letzterer habe deutlich von Ludendorff Abstand genommen, ja er sei so weit gegangen, daß er Ludendorff teilweise der Fälschung geziehen habe. Ludendorff habe, so sage Professor Six, die Frage allzu subjektiv und als schärfster Gegner betrachtet. Prof. Six habe in seinem Vortrag in Oslo in September 1942 ja deutlich betont, daß er die

Freimaurerfrage heute als nur noch wenig politisch ansche und äußerst milde dieser gegenüber gestimmt sei. Während der Verteidiger auf die Behauptung Hellihsens einging, verliess Hellihsen den Gerichtssaal.

Als Beobachter und Vertreter des Minister Fuglesang war der Expeditionschef im Kulturdepartement, Holst, erschienen, der während der Verhandlung den Anklagevertreter Norvik Mitteilungen in Flüsterton zu machen hatte und verschiedentlich den Verhandlungssaal verliess um später mit dem Anklagevertreter vor der Türe zu konferieren.

Nach dreitägiger Verhandlung wurde das Urteil verkündet, das auf Freispruch lautete.

In der Urteilsbegründung wurde seitens des Vorsitzenden dargelegt, daß aufgrund des von der Verteidigung vorgelegten Materials klar erkennbar sei, daß die offizielle und inoffizielle Parteipropaganda gegen die Freimaurerei tatsächlich außerordentlich scharf gewesen sei. Ein einfacher und unkomplizierter Mensch wie der Hirdmann Minsaas habe daher die Überzeugung gewinnen müssen, daß der Partei und dem Staat aus der Tätigkeit der Freimaurerei eine wirkliche Gefahr erwachsen sei. Er habe daher, da die Versuche seines Korpsführers, auf dem Dienstwege eine Klärung der Situation herbeizuführen, nicht gelungen seien, seine Aktion in guten Glauben an eine gerechte Sache durchgeführt. Die Tat des Minsaas sei daher nicht als gewöhnliches kriminelles Delikt zu bestrafen, sondern der Angeklagte sei freizusprechen. Der Antrag des Anklagevertreters hatte auf 120 Tage Gefängnis gelautet.

In Hird hat der versteckte Kampf, den der Hirdchef Moystad von Tage seiner Einsetzung gegen den Stabschef Thronaen führte, zu einer Krise in der Entwicklung dieser Gliederung geführt.

Der als Führer des 2. Regimentes vorher sehr anerkannte Moystad war in den abgelaufenen 5 Monaten seiner Arbeit als Hirdchef nicht instande, den durch den inneren Zwiespalt um die Führungsfrage auseinanderfallenden Hird mit neuen Leben zu erfüllen.

Es hat sich während dieser Zeit gezeigt, und bei den verschiedenen Gelegenheiten bewiesen, daß Møystad nicht in der Lage war, den Hird zusammenzubalten und einer günstigeren Entwicklung zuzuführen.

Stabschef Thronsen, der um seine Stellung sehr bedacht ist, liess sich in eine Verteidigungsposition drängen, aus der herauszugelangen er nicht genügend Initiative hat.

Teils gehemmt durch den über ihn stehenden und gegen ihn intrigierenden Hirdchef, teils aus einer Unfähigkeit, seine innere Stagnation zu überwinden, fehlt ihm der Blick für seine Aufgaben.

Charakterisiert wird die Stellung Thronsens in der Kritik einiger Hirdstabsangehöriger, in der Thronsen vorgeworfen wird, daß er lediglich noch eine Parodiefigur darstelle, die keinen Mut zu kraftvoller Arbeit habe.

Die Gefahr eines Abgleitens des Hird auf eine nationalistische Basis wurde wirkungsvoll durch die Einflußnahme auf Propaganda und Schulung/<sup>und</sup> Vertreibung des "Hirdmannen" begegnet.

In der Hirdführerschule O d n a e s soll in dieser Richtung weiterhin Einfluß auf die weltanschauliche Ausrichtung des Hird genommen werden.

Waffen-SS.

In Rahmen der Neuaufstellung des Regiments Norwegen erließ Quisling am 9. März 1943 einen Aufruf zur freiwilligen Meldung an die Ostfront. In diesem Aufruf wird darauf hingewiesen, daß der Bolschewismus seit 25 Jahren seinen Angriff auf Europa systematisch vorbereitet hat und vor nunmehr fast 2 Jahren der Russe seine gewaltigen Menschenmassen zu einem neuen Mongolensturm auf Europa angesetzt hat. Heute müsse man sich endlich darüber restlos klar sein, daß dieser Kampf nicht Deutschland allein angehe, sondern daß das Schicksal aller europäischen Völker und damit auch Norwegens Schicksal im Osten entschieden würde. Aus dieser Erkenntnis heraus sei es die höchste nationale Pflicht eines jeden europäischen Volkes, seinen größten nationalen Einsatz zu leisten und in besonderem Masse gelte dies für alle germanischen Menschen, da sie die Garantie für den Bestand Europas darstellten. In dem Aufruf heißt es u.a. weiter:

In Erkenntnis dieser für unser Volk so lebenswichtigen Frage habe ich am 22. Februar 1943 das Gesetz über den nationalen Arbeitseinsatz verkündet, das jetzt in Kraft getreten ist. Wir Norweger müssen einen entscheidenden Beitrag zu diesem Kampf leisten und das Höchste an Arbeitseinsatz und Wehrkraft anbieten.

Um einen weiteren tatsächlichen norwegischen Einsatz möglich zu machen, wird jetzt ein neues Regiment "Das Panzergrenadierregiment Norwegen" aufgebaut. In diesem Regiment sollen, soweit es möglich ist, die norwegischen Kriegsfreiwilligen, Offiziere und Mannschaften gesammelt werden und es wird eine Ehre sein, dazu zu gehören.

Und jetzt appelliere ich an alle Norweger, die Verantwortungsbewußtsein, Opferwillen und Mannesmut haben: sofern Du diensttauglich bist und Deine Stellung es zuläßt, folge dem Beispiel Deiner Landsleute, die im opferwilligen Einsatz Monat um Monat an der Ostfront gekämpft haben.

- 19 -

Ich appelliere an alle Landsleute, in Sonderheit appelliere ich an Euch, frühere Frontkämpfer, Euch wieder zum Kampf zu melden. Das neue Panzergrenadierregiment Norwegen braucht einen Grundstamm von ausgebildeten und kriegserfahrenen Soldaten. Ihr seid dazu berufen, diesen Grundstamm zu bilden zusammen mit den Frontkämpfern, die jetzt ausgebildet werden zu Offizieren und Unteroffizieren. Gebt noch einnal ein gutes Beispiel für die anderen in der Partei und für die übrigen Landsleute, die noch abseits stehen. Laßt uns beweisen, was es bedeutet, Nationalsozialist und Norweger zu sein.

Eine Zeit wird kommen, in der alle Landsleute, die heute abseits stehen, einsehen werden, daß die Opfer dieses Krieges auch für sie gebracht wurden, und dann werden sie sich Euren Opferwillen und Einsatz beugen und beschämt sein darüber, daß sie selbst nicht bereit waren, ihre Pflicht zu tun.

Kampfgenossen, Landsleute! In Rußland wird das Schicksal Europas und des Nordens und damit unserer Heimat entschieden. Zeigt Euch Eurer Väter würdig. Zeigt Euch würdig vor allen der Heldentaten derer, die jetzt ihr Leben opfert für die norwegische Sache. Meldet Euch zum Panzergrenadierregiment Norwegen!

Außer der durch diesen Aufruf Quislings eingeleiteten neuen Werbeaktion, werden je eine Kompanie aus Angehörigen der norwegischen Polizei und eine Kompanie aus Mitgliedern der Germanischen SS Norwegen zusammengestellt. Die Führung der Polizeikompanie, die allerdings nicht ausschließlich aus Polizeibeamten bestehen wird, wird von dem Polizeimajor H o e l übernommen, während die Führung der Kompanie aus Angehörigen der Germanischen SS den SS-Obersturnführer L i n d v i k, übertragen worden ist. Lindvik, der - wie bereits früher berichtet - schon Ende v. Js. von seiner Verwundung genesen war, und den Wunsch geäußert hatte, wieder an die Front zu kommen, hat alle Mitglieder der Germanischen SS in einem persönlichen Schreiben zur freiwilligen Meldung an die Ostfront aufgefordert. Eine offizielle Werbung innerhalb der SS wurde nicht durchgeführt, da in der Diskussion über die Germanische SS schon bei der Neugründung von gegnerischer Seite behauptet worden war, diese Organisation stelle eine verkappte Werbestelle für den Fronteinsatz dar.

c) Kulturelle Gebiete.Wissenschaft und Hochschule.

Aus Anlaß der Verkündigung des nationalen Arbeitseinsatzes in Norwegen berief der Norsk Studentersamband eine Versammlung in der Aula der Universität Oslo ein. Kontorchef K r a m e r von der Landesleitung der norwegischen Reichsstudentenschaft führte vor den erschienenen rund 1 200 Studenten u.a. aus, daß der Norsk Studentersamband bereit sei, die besonderen Interessen der Studenten bei der Durchführung des kommenden Arbeitseinsatzes wahrzunehmen. Voraussetzung sei jedoch, daß sämtliche Studenten sich dabei hinter den Norsk Studentersamband stellten. Zum Zeichen der Zustimmung bat er die Anwesenden sich zu erheben, worauf die Versammlung dieser Aufforderung geschlossen nachkam. Wenige Tage nach diesem Ereignis war unter den Studenten der Universität Oslo bereits eine außerordentlich verbreitete und lebhaft diskutierte Diskussion für und wider diese Erklärung im Gange. Parolen und Gerüchte ließen eine starke Unruhestimmung entstehen. Diese fand ihre Auslösung am 26.2.1943 mit dem Beginn der Einsendung von gleichlautenden, an die "Universität Oslo" gerichteten Protestschreiben folgenden Inhaltes:

"Wir haben aus der Presse entnommen, daß eine Anzahl von Studenten den "Norsk Studentersamband" ihre Zustimmung gegeben hat. Wir betrachten es als unsere Pflicht zu erklären, daß wir den "Norsk Studentersamband" nicht als die Organisation anerkennen, die die allgemeine Studentenschaft vertritt".

An den beiden ersten Tagen jener Aktion sind über 2 000 derartige Schreiben eingegangen.

Seitens des Departements wie des Universitätsrektors und der NS-Studentenschaft ist über diese Vorgänge aus Furcht vor einem evtl. deutschen Eingriff zunächst völliges Stillschweigen bewahrt worden.

Die oben erwähnte Aktion richtet sich in erster Linie gegen den Norsk Studentersamband. Expeditionschef H o l m , der Landesleiter dieser Institution, ist bis in die letzte Zeit immer

wieder vor jedweder öffentlichen Herausstellung der fraglichen Organisation und ihrer Führungsansprüche gewarnt worden.

Im Gegensatz zu den Voraussagen, die nach dem Einsetzen des Versandes der fraglichen Schreiben seitens der Führung des Norsk Studentersambandes mit großem Nachdruck gemacht worden sind, hat die Protestaktion der Studenten - wenn auch in geringerem Umfange als anfänglich - in der Zwischenzeit ihren Fortgang genommen. Bei der Universität gingen in den letzten Tagen weitere rund 500 Schreiben ein, so daß sich die Gesamtzahl z.Zt. auf etwa 2 600 beläuft. Vorseiten der norwegischen Staatspolizei sind eine Reihe von Vernehmungen zur Aufklärung der Organisation dieser Protestaktion und in diesem Zusammenhang etwa 10 Festnahmen, erfolgt. Nach den bisher vorhandenen Unterlagen hat u.a. der Studentenausschuß der ehemaligen Zahnärztlichen Hochschule bei der ganzen Aktion eine besondere Rolle gespielt.

In Verbindung mit der in Rede stehenden gesamten Angelegenheit wurde Kontorchef Kramer frühzeitig auf die Unzweckmäßigkeit hingewiesen, durch irgendwelche Gegenaktionen oder Stellungnahmen seitens des Norsk Studentersambandes die Lage weiterhin zu komplizieren. Obwohl von seiner Seite daraufhin versichert wurde, daß man nichts Neues zu unternehmen gedenke, sondern sich abwartend verhalten wolle, stellte sich bald heraus, daß Kramer bereits an einer Reihe von Stellen der Universität einen Wandanschlag des Norsk Studentersamband - ohne Wissen des Universitätsrektors - hatte anbringen lassen, in dem er die Studenten aufforderte, ihre Protestschreiben zurückzunehmen. Gerade vor einer solchen Maßnahme war Kramer deutscherseits aufgrund der Erfahrungen mit dem Verlauf des Lehrersambandkonfliktes eindringlich gewarnt worden. Erst nachträglich sind die Anschläge durch Kramer wieder stillschweigend entfernt worden. In der Zwischenzeit war die fragliche Aufforderung jedoch bereits weitgehend bekannt geworden und hat mit ihrer wenig glücklichen Abfassung unter den Studenten erhebliche Erregung ausgelöst, so daß der Widerstandswille im Augenblick besonders scharf zum Ausdruck kommt und die weitere Entwicklung der Dinge noch nicht zu überschen ist.

In der Zwischenzeit übersandte der Norsk Studentersamband durch Kontorchef Kramer dem Minister S k a n c k e eine Darstellung der Lage, worin von dieser Seite bereits von einer nahen Beendigung der Protestaktion gesprochen und auch sonst ein schiefes Bild von den Verhältnissen gegeben wird.

Schule und Erziehung.

78

Der Konflikt um den Lehrerbund wird von der politischen Gegnerschaft unvermindert als eine geradezu ideale Grundlage zur Weiterführung des weltanschaulichen Kampfes gegen die Neuordnung betrachtet und bestehend in der politischen Zielsetzung unverkennbare Bemühungen der Widerstandsfront, das öffentliche Interesse für diesen Streit wachzuhalten bzw. neu zu beleben. Es sind daher mit gewissen Zeitabständen immer wieder die größten Anstrengungen gemacht worden, die zur Ruhe gekommene Kontroverse gegen den Lehrerbund neu zu entfachen. Aus dem Anlaß der Wiederkehr des 20. Februar, des Jahrestages der geschlossenen Austrittserklärung der Lehrerschaft aus dem "Norwegischen Lehrerbund", ist in außerordentlicher Verbreitung ein illegales Flugblatt herausgebracht worden, das den damaligen Schritt der Lehrer in den höchsten Tönen feiert. Als Kernsatz heißt es in diesem Schreiben: "Der LehrereStreit hat viele Opfer gefordert. Wir haben jedoch auch gelernt, was solche Opfer bedeuten. Laßt uns an diesem großen Tag des Gedächtnisses geloben, daß wir mehr denn je bereit sind, neue Opfer auf uns zu nehmen. "

An verschiedenen Schulen in Bergen mußte durch die Inanspruchnahme weiterer Schulräume für die Zwecke der Truppenunterbringung der Unterrichtsbetrieb erneut eingeschränkt werden. Von dieser Maßnahme wurden in erster Linie die Höheren Schulen betroffen, von denen die 3 größten und bedeutendsten für die Unterrichtserteilung völlig ausfallen. Aufgrund der erneuten verschlechterten Unterrichtsbedingungen macht sich bei der Elternschaft sehr verbreitet eine gereizte Stimmung bemerkbar. Die örtlichen norwegischen Schulbehörden werden mit diesen Verhältnissen seitens der Eltern- und Lehrerschaft in Bergen weitgehend befaßt. Ähnliche Verhältnisse werden auch aus anderen Teilen des Landes berichtet.

Jugenddienst.

Versuche, die seitens der NS in Kristiansand zur Durchführung des allgemeinen Jugenddienstes gemacht worden sind, stiessen auf den entschiedenen Widerstand der großen Mehrheit der Elternschaft. Als kürzlich eine kleinere Anzahl von Kindern zu ihrem 1. Jugenddienstpflicht-Tag erschien, versammelten sich vor der betreffenden Schule rund 100 Personen, die offensichtlich gegen diese Veranstaltung zu demonstrieren beabsichtigten. Die Menge wurde durch die norwegische Polizei zerstreut. Der Erfolg dieser Kundgebung war jedoch, daß zum nächsten Termin der Jugenddienstpflichtigen sich nur drei Kinder einfanden. Seitens der zuständigen norwegischen Behörden in Kristiansand wurde aus diesem Anlaß geplant, in Zukunft strafmässig gegen die Eltern vorzugehen, die ihre Kinder vom Besuch des Jugenddienstes abhalten. Kinder, die von sich aus fernbleiben, sollen dagegen in eine Jugenderziehungsanstalt überstellt werden.

R u n d f u n k .

Es ist in absehbarer Zeit damit zu rechnen, daß die Leitung des norwegischen Rundfunks, die seit dem Sommer vorigen Jahres kommissarisch durch Professor Skarphagen wahrgenommen wird, nun einen fest angestellten leitenden Direktor übertragen wird. Seitens des norwegischen Kulturdepartements ist hierfür der Höchstgerichtsadvokat, Major George Fredrik von K r o g h , vorgesehen, der z.Zt. im norwegischen Polizeidepartement mit dem Aufbau der Norwegischen Technischen Nothilfe beschäftigt ist. Major von Krogh hat einen ihm vom norwegischen Kulturminister Fuglesang am 23.2.1943 gemachten Vorschlag zunächst abgelehnt, dann aber nach weiterem Drängen Fuglesangs schließlich angenommen. Er wird seinen Posten voraussichtlich am 1. Mai ds.Js. antreten und soll ein Gehalt von 30 000.- Kronen jährlich beziehen. Diese Summe ist als ziemlich hoch zu bezeichnen im Hinblick auf die allgemein schwierige Finanzlage des norwegischen Rundfunks und auch im Vergleich zu den übrigen Direktoren des norwegischen Rundfunks (Mehle, Gythfeld und Böttker), die ein Jahresgehalt von rund 18000.- Kronen beziehen. v.Krogh kann im allgemeinen als politisch zuverlässig angesehen werden und bemüht sich auch in seiner bisherigen Tätigkeit um eine gute Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden. Bemerkenswert ist aber, daß er sich seine Informationen über den Rundfunk zunächst bei dem Hochgradfreimaurer Christie, dem ehemaligen Riksfullmektig des norwegischen Rundfunks (jetzt Byfogd in Oslo) eingeholt hat. Dies dürfte kein Zufall sein, da von Krogh selbst Freimaurer ist.

Die schon hinreichend bekannte Tatsache, daß die wichtigsten Stellungen in der Partei und den öffentlichen Institutionen mit Freimaurern besetzt werden, findet nun im Rundfunk ihre erneute Bestätigung. Mit der Einsetzung v. Krogh's übernimmt wieder ein Freimaurer die oberste Leitung im Rundfunk. Der Verwaltungsdirektor Böttker, der im Herbst vorigen Jahres nach seiner Rehabilitierung durch die Partei wieder in sein Amt eingesetzt wurde, ist ebenfalls Freimaurer. Der Programmdirektor Mehle, selbst ehemaliger Freimaurer, hat nun - trotz seiner sonst betonten Freimaurer-Gegnerschaft - einen Hochgradfreimaurer

(Dugstad) als Chef der Aktualitätsabteilung eingesetzt, nachdem er mit Einverständnis von Minister Fuglesang den bisherigen fachlich außerordentlich tüchtigen Abteilungsleiter Olav Klausen aufgrund persönlicher Zwistigkeiten für 4 Wochen in Zwangsurlaub geschickt hat.

In diesem Zusammenhang ist erneut auf die Person von Dr. Mehle hinzuweisen, der immer mehr als die Hauptursache der ständigen Unruhe und der fast unmöglichen Arbeitsverhältnisse im Rundfunk angesehen werden muß. Ein ehemaliger Rundfunk-Angestellter, der im vorigen Jahr zusammen mit mehreren anderen Mitarbeitern auf Betreiben Mehles den Rundfunk verlassen mußte, hat unter Anknüpfung an den Freimaurerscheinprozeß (Parteigerichtsverfahren) zwischen Christie und Mehle die ganze Lage im Rundfunk folgendermassen treffend charakterisiert:

"Es ist nun ein Jahr her, daß das Parteigericht das Urteil in dem Fall Christie gegen Dr. Mehle ausgesprochen hat. Es ist eigenartig, zu wissen, daß Dr. Mehle den Prozeß verloren hat und befördert wurde. Christie gewann den Prozeß und erhielt zusätzlich zu seiner Stellung als Byvogt eine andere Stellung. Und wer hat eigentlich verloren? Ja wir, die bei dieser Angelegenheit Zeugen waren und irgendwie zwischen zwei Feuern standen."

Aufgrund jetzt vorliegenden Materials muß ein weiteres Verbleiben Mehles im Rundfunk als untragbar angesehen werden. Aus der Fülle der Einzelfälle, die erkennen lassen, daß Dr. Mehle offenbar an Verfolgungswahn und anderen Zwangsvorstellungen leidet, sei nur die Tatsache erwähnt, daß er mehrere Rundfunkangestellte wiederholt mit dem Revolver bedroht hat und z.B. von dem erwähnten Abteilungsleiter Klausen eine schriftliche Erklärung erzwingen wollte, daß nun Ruhe und Ordnung im Rundfunk herrsche.

d) Verwaltung und Recht.

Zehn Norweger aus Kristiansand, die Anfang Februar vom SS- und Polizeigericht Nord wegen Feindbegünstigung (illegale Militärorganisation) zum Tode verurteilt worden waren (vgl. Meldungen aus Norwegen Nr. 51, Seite 36), wurden laut Pressemitteilung vom 24. Februar 1943 vom Reichskommissar begnadigt.

Der Höhere SS- und Polizeiführer Nord bestätigte am 28.2.1943 die Urteile des SS- und Polizeigerichts Nord gegen norwegische Kommunisten. Danach wurden 17 Kommunisten, die Terror- und Sabotageakte zu verüben versuchten sowie sich der Verteilung bolschewistischen Propagandamaterial schuldig gemacht haben und darüber hinaus sich den Plan zurechtgelegt hatten, an einigen Orten Norwegens illegale Kommunistenzellen zu bilden, zum Tode verurteilt. Die Urteile wurden am 1.3.1943 vollstreckt.

Die Zeitungen widmeten diesen Vorgängen längere Ausführungen. In ihnen wurde darauf hingewiesen, daß die großmütig gewährten Begnadigungen eine letzte und eindringliche Warnung seien und der Kampf gegen den Bolschewismus kompromisslos geführt werde, wie die Vollstreckung der 17 Todesurteile zeige. Niemand könne sich in Zukunft damit entschuldigen, daß er die Gefahr einer illegalen Betätigung nicht gekannt habe. Das Volk müsse den Ernst der Situation einsehen und sich demgemäß einrichten. Die Begnadigungen wurden in der Öffentlichkeit nicht als Schwäche der Deutschen aufgefaßt. Norwegische und schwedische Pressestimmen gaben die in breiten norwegischen Kreisen herrschende Auffassung treffend wieder, indem sie die Nachricht von den Begnadigungen als "freudige Meldung", als "Lichtpunkte", als "Moment, das die Stimmung hob", bezeichneten. Für die häufig festgestellte Stimmung ist die Äußerung eines Norwegers bemerkenswert, wonach man die 10 Begnadigungen dankbar anerkenne und für die 17 Erschiessungen Verständnis habe. In absoluten Gegnernkreisen hatte man damit gerechnet, daß die 10 Norweger aus Kristiansand erschossen würden und dadurch eine stark gereizte Stimmung gegen Deutschland entstände.

e) Wirtschaft.Ernährungswirtschaft.

Die Schwierigkeiten in der Nahrungsmittelbewirtschaftung für die arbeitende Bevölkerung machen sich immer fühlbarer bemerkbar.

Die Mangellage in Fett, Fisch, Gemüse und die besonders nach Auffassung der schwer und schwerstarbeitenden Volksschichten zu geringe Brotration wirkt sich immer nachteiliger für den Arbeitseinsatz und die Arbeitsleistung aus.

Früher stand in den Diskussionen der Arbeiter die Lohnfrage im Vordergrund, heute wird vor allem über die Sorge um die tägliche Mahlzeit gesprochen.

Für die wirtschaftlich besser gestellten Schichten besteht nach wie vor die Möglichkeit, sich durch Beziehungen die fehlenden Lebensmittel zu verschaffen und da es nicht gelingt, den Schwarzhandel auszuschalten, wird jede Gelegenheit wahrgenommen, selbst auf ungesetzmässigem Wege Lebensmittel zu erhalten. Der Arbeiter, der hierzu keine Gelegenheit und auch kein Geld hat, sieht diese Zustände und wird immer verbitterter.

In einem Osloer Großbetrieb wurde die Feststellung gemacht, daß viele Arbeiter auf ihre Rationierungskarten seit Wochen, teilweise seit Monaten fast keine Butter und auch keine Margarine erhalten haben oder sich mit einer kleinen Teilmenge ihrer Ration abfinden mußten.

In der Arbeiterschaft weist man daraufhin, daß auch Klippfisch, wenn er überhaupt in auskömmlicher Masse erhältlich wäre, für sie keine Arbeitskost bedeuten würde, da er ohne Fett weder genießbar, noch nahrhaft oder verdaulich sei.

Über die an sich zu kleinen Brotrationen beklagen sich auch die Arbeiter mit einfacher Arbeitsleistung und sträuben sich vielfach, selbst in dringenden Fällen Überstunden zu machen oder Sonnabend und Sonntag zu arbeiten, mit der Begründung, sie wären nur auf Kosten ihrer Familien in der Lage, für diese Zeit das erforderliche Brot mitzunehmen.

In dem gleichen Werk, so wurde gemeldet, hätten die Krankmeldungen infolge schlechter Ernährungsverhältnisse um etwa 75% zugenommen.

Es müsse jedoch berücksichtigt werden, daß auch vielfach der wirkliche Grund der angeblichen Krankheit, insbesondere am Sonnabend und Montag, darin zu suchen sei, daß der Arbeiter aufs Land führe und versuchen würde, irgendwelche Lebensmittel aufzutreiben.

In einem Bericht aus Drontheim heißt es:

"Wohl am bedenklichsten auf dem Lebensmittelmarkt ist z.Zt. die Lage in der Versorgung der Bevölkerung der Städte mit Fett. Geradezu katastrophal sind die Verhältnisse in Drontheim. Von den an sich nicht hohen Rationen an Fett können monatlich günstigstenfalls 50 - 60% zur Ausgabe gelangen. Molkereibutter ist oft monatelang nicht zu erhalten. Die Ursachen hierzu sind weniger der starke Rückgang in der Milchproduktion, als die Lücken in der Produktionserfassung. Bei den Molkereien, die z.B. der Trøndelag Milchzentrale angeschlossen sind, wurden im November 1942 nur 44% der Milchmenge des gleichen Monats im Jahre 1939 angeliefert. 1940 waren es noch 55%. Die Milchproduktion an sich weist keine so starke rückläufige Bewegung auf. Die geringe Milchanlieferung ist hauptsächlich durch die weitaus zu geringe Produktionserfassung verursacht. In weiten Gebieten mit starken Viehbestand werden oftmals nur 20 und 30% der tatsächlichen Milcherzeugung erfaßt; die Butterablieferung durch den Produzenten zeigt ein ähnliches Bild.

In Drontheim gibt es Familien, die auf ihre Fettkarten 6 - 8 und oft noch mehr Kilogramm Fett gut haben. Die Leute würden sich schon mit Margarine begnügen, können diese jedoch auch nicht erhalten. Nur dem, der alter Stammkunde bzw. gute Beziehungen hat, ist es möglich, die ihm auf die Karte zustehende Menge Fett zu erhalten. Die Arbeiter können sich in allgemeinen im Schwarzhandel nicht versorgen, da ihnen die Tauschobjekte fehlen. Stimmungsmässig wirkt sich nicht allein die schlechte Fettversorgung aus, sondern auch das stundenlange "Schlangestehen" vor den Geschäften. Oftmals ist es so, daß die letzten, die auch schon den halben Vormittag angestanden hatten, nichts mehr erhalten, da alles ausverkauft ist. So stand in Drontheim in den letzten Tagen vor einer kleinen Margarinefabrik, die nur zweimal im Monat verkauft, eine Schlange von über 1000 Menschen. Die ersten standen schon um  $\frac{1}{2}$  4 Uhr morgens, das Geschäft öffnete um  $\frac{1}{2}$  10 Uhr. Ein Drittel der Anstehenden mußte leer nach Hause gehen. "

I n d u s t r i e .

Die bereits in den letzten "Meldungen aus Norwegen" geschilderten Auswirkungen der Einladung norwegischer Wirtschaftsführer beim Reichskommissar in Skaugum haben sich in allgemeinen nur noch bestätigt. Das vom Reichskommissar in der letzten Zeit gezeigte Entgegenkommen wird fast überall als ein Zeichen des guten Willens zu einer fruchtbaren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Norwegen aufgefaßt und begrüßt. Es ist bezeichnend, daß noch keine abfällige Äußerung über die Veranstaltung bekannt wurde. Diejenigen, die eine Einladung bekommen haben, werden sogar von einzelnen Norwegern beneidet. So hat z.B. der ehemalige Präsident des norwegischen Reederverbandes Claus Wiese-Hansen geäußert, er bedauere, daß er nicht eingeladen worden sei. - Lediglich die Tatsache, daß die Zusammenkunft auf Skaugum, dem ehemaligen Wohnsitz des norwegischen Kronprinzen stattfand, wird als peinlich empfunden.

Man glaubt annehmen zu können, daß der Reichskommissar seine, wie man behauptet, einseitige NS-Politik aufgegeben habe, und über die NS hinweg zu einer Verständigung mit den Norwegern kommen wolle. Wenn der Reichskommissar, so wird erklärt, sich tatsächlich entschliessen könne, die NS fallen zu lassen, würde sich das Verhältnis Norwegen zu Deutschland erträglicher gestalten.

Wie erst später bekannt wurde, haben die Eingeladenen anonyme Briefe erhalten, in denen zum Ausdruck gebracht wurde, daß man bei der ersten Einladung nach Skaugum über das Wollen des Reichskommissars noch hätte im Zweifel sein können, während man sich nunmehr darüber klar sein müsse, daß es zwecklos sei, irgendwelche Hoffnungen an einen solchen Abend zu knüpfen. Es wäre daher Pflicht abzusagen. Jeder trage selbst die volle Verantwortung für seine Handlungsweise. Einzelne Teilnehmer nahmen mit der Absicht an dem Herrenabend teil, Verwandte und Bekannte die verhaftet sind, durch Fürsprache beim Reichskommissar freizubekommen. Ähnlich wie dies nach der ersten Veranstaltung in einzelnen Fällen erfolgte.

Ein kleiner Teil von Wirtschaftlern will nach wie vor von einer Annäherung nichts wissen. Sie erklären, daß sie zwar diesen Veranstaltungen nicht fernbleiben könnten, jedoch keine Lust hätten, den deutschen Eindringlingen irgendwie gefällig zu sein.

Über die bekanntgegebenen Gesetze zum totalen Kriegseinsatz der norwegischen Wirtschaft stellt man die verschiedensten Vermutungen an. Man weiß zwar noch nicht, in welcher Art und Weise die Stilllegung von Handelsgeschäften und Unternehmungen durchgeführt wird, ist sich aber bewußt, daß eine Reihe von Betrieben auf dem zivilen Sektor ausgeschaltet und die dadurch freigebliebenen Arbeitskräfte in der Kriegswirtschaft eingesetzt werden. Insbesondere glaubt man, daß vor allen die Textil-, Lebens- und Genußmittel- sowie Holzverarbeitungsindustrie zur Stilllegung kommt.

Die Stilllegung der Baustelle Eitrheim der A/S Nordag hat sowohl bei den Norwegern als auch in deutschen Kreisen allgemeines Aufsehen erregt. Von norwegischer Seite wird erklärt, daß ein unruhliches Ende vorauszusehen gewesen sei, weil die Mißwirtschaft auf die Dauer nicht hätte gut gehen können. Man hält es für unbegreiflich, daß große Mengen wertvollsten Materials verbraucht wurden, ohne daß ein greifbarer Erfolg erzielt werden konnte. Zur Zeit lagerten noch erhebliche Mengen von Materialien zum Teil unter freiem Himmel und in Lagern, in denen sie den Witterungseinflüssen ohne Schutz preisgegeben sind und allmählich verkommen. Schrauben, Ofen, Werkzeuge, Maschinen usw. seien schon stark angerostet, ohne daß Anstalten getroffen würden, das Material abzutransportieren oder zumindest zu schützen. Die Werksleitung Skeggedal der Nordag, die auf diese Zustände aufmerksam gemacht worden sei, habe sich außerstande erklärt, Abhilfe zu schaffen.

Von norwegischer Seite prophezeit man den übrigen Baustellen ein ähnliches Ende wie Eitrheim und erklärt, in Weltkrieg sei bereits mit englischer Hilfe ein gleicher großzügiger Ausbau der Wasserkräfte in Angriff genommen, dann aber wieder verworfen worden. Auf den damaligen Anfängen habe die Nordag heute zum

Teil wieder aufgebaut. Die Deutschen könnten aber offensichtlich auch nicht mehr als die Engländer, wie der Fall Eitrheim beweise.

Nach einer hier vorliegenden Meldung werden auf der Baustelle Skjeggedal z.B. 20 deutsche Angestellte beschäftigt, die sich untereinander anfeinden, schlecht machen und bestehlen. Dabei führen die Leute ein Leben, wie es in Deutschland nicht möglich wäre. Bei verhältnismässig wenig Arbeit verdienen sie viel Geld, das sie in Alkohol und beim Kartenspiel umsetzen. Ein Ingenieur bekommt z.B. neben seinem Gehalt in Deutschland eine tägliche Auslösung von 34 NKr., braucht aber für Unterkunft und Verpflegung nur 5 NKr. pro Tag zu zahlen. Den Rest versuchen diese Leute auf irgendeine Weise loszuwerden. Diese Verhältnisse werden von den Soldaten sehr mißbilligt. Sie erklären mit Verbitterung: "Wir haben in Rußland unsere Knochen hingehalten, viele der Kameraden mußten ihr Leben hingeben und hier zahlt man deutschen Zivilangestellten Beträge, die in keinen Verhältnis zu ihrer Tätigkeit stehen."

Bereits in früheren "Meldungen aus Norwegen" wurde darauf hingewiesen, daß die von Nordag, Wehrmacht und O.T. verwendeten norwegischen Baufirmen zumeist nur ein Ziel haben, nämlich möglichst rasch und viel an den wehrwirtschaftlichen Bauvorhaben zu verdienen. Mit welchen Methoden hierbei gearbeitet wird, zeigt nachstehender Fall:

Aufgrund eingegangener Meldungen stand der Verdacht nahe, daß sich die Firma Timenes & Reber in Kristiansand durch betrügerische Berechnungen und Kalkulationen auf Kosten der deutschen Wehrmacht bereicherte. Die eingehenden Überprüfungen, zu welchen ein Sachverständiger des Kriegsgerichts zugezogen wurde, ergaben einwandfrei, daß nicht nur betrügerische Berechnungen erstellt, sondern auch Arbeiter veranlaßt wurden, falsche Lohn- und Stundenaufstellungen zu machen. Die Firma wurde im Jahre 1941 mit einem Grundkapital von 50 000 Kronen gegründet und hatte bis heute einen Umsatz von 6 Millionen Kronen. Sie arbeitet auf 7 Baustellen der deutschen Wehrmacht und beschäftigt ca. 450 Arbeiter. Die durchgeführten Betrügereien ergaben

in einen Fall ca. 100 000 Kronen, in einen weiteren 28 000 Nkr., ohne die betrügerischen Mehreinnahmen, die den Arbeitern durch falsche Stundenangaben zufließen. Bei Lohnberechnungen, Materialbestellungen, Fahrzeugstellung, Akkordverrechnung usw. wurden in verschiedenster Form betrügerische Aufstellungen und Berechnungen durchgeführt. So wurden die Wehrmachtsstellen nach jeder Richtung hin, wo es nur irgendwie möglich war, betrogen. Von Angestellten wurden Stunden aufgerechnet, die überhaupt nicht gearbeitet waren. Arbeiter, die nicht mehr arbeiteten oder aus sonstigen Gründen nicht auf dem Arbeitsplatz waren, wurden in Lohnbuch weitergeführt und berechnet. Auf Regielisten bzw. Akkordaufstellungen wurden ebenfalls Arbeiter aufgeführt, die an den Arbeiten gar nicht beteiligt waren. Der "Verdienst" aus diesen Machenschaften kam teilweise dem Stundenschreiber, teilweise dem Arbeiter oder der Firma zugute. Außerdem wurden Arbeiter für den Empfang von Trennungsschädigungen gemeldet, die überhaupt keinen Anspruch hatten und so ebenfalls ein Mehreinkommen erreichten. Die Materialrechnungen wurden so mangelhaft und undurchsichtig geführt, daß es kaum möglich war, die betrügerischen Machenschaften nachzuweisen. Die Höhe der wirklichen unberechtigten Mehreinnahme läßt sich nicht feststellen, ist aber bestimmt bei der Skrupellosigkeit dieser Firma ganz beträchtlich. Weiter wurden Kraftfahrzeuge berechnet, die gar nicht eingesetzt waren und so den Kraftfahrzeughaltern doppelter Verdienst geschaffen. Warenlieferungen wurden berechnet, die nicht erfolgten und der Verdienst unter den beteiligten Angestellten verteilt. Den Angaben eines Angestellten, daß er auf die betrügerischen Möglichkeiten vonseiten des Unternehmers aufmerksam gemacht wurde, ist zweifellos zu glauben, wenn der Betriebsleiter sie auch bestreitet. Die Firma hatte auf einer Baustelle eine Kantinenküche für die Arbeiter. Die Lebensmittel hierzu wurden teilweise im "Schwarzhandel" beschafft, kamen aber weniger den Arbeitern zugute, sondern wurden wieder anderweitig veräußert. Trotzdem ergab sich bei einer Kontrolle der Küchenkasse ein Fehlbetrag von ca. 4000 Kronen, dazu kam eine Strafe der norwegischen Preispolizei mit 2000 Kronen, worauf sich die Firma bereit erklärte, dieses Manko zu decken, aber gleichzeitig der Geschäftsführung den Auftrag/<sup>gab,</sup> diese 6000 Nkr. auf Materialrechnungen umzulegen, somit diesen Betrag wieder der Wehrmacht

aufzurechnen. Im Verlauf der Vernehmungen und Verhandlungen wurden außer dem Firmeninhaber 23 Arbeiter und Angestellte dieser Firma festgenommen und dem Kriegsgericht überstellt. Von dem Kriegsgericht in Arendal wurden 28 Angestellte der Firma Timenes & Reber in Kristiansand mit Gefängnisstrafen und Geldbussen belegt. Der Firmeninhaber selbst wurde unverständlicherweise freigesprochen. Timenes, der NS-Mitglied und Leiter der Handwerkerschaft in Kristiansand ist, hat durch seine unsauberen Machenschaften auch das Ansehen der NS in Kristiansand erheblich geschädigt. Die NS-Führung in Kristiansand hat sich für Timenes und dessen Teilhaber Reber stark eingesetzt, jedoch die Anklage nicht verhindern können. Die Dienststelle des Reichskommissars in Kristiansand beabsichtigt aufgrund des Urteilsspruches die Firma zu liquidieren.

Bei den Ermittlungen und durch die Vernehmungen kamen noch weitere ähnliche Fälle bei anderen Firmen zutage, so daß mit Bestimmtheit anzunehmen ist, daß im allgemeinen bei fast allen norwegischen Baufirmen Betrügereien in grösserem oder kleinerem Umfange an der Tagesordnung sind, zum Schaden der deutschen Auftraggeber. Die Machenschaften der Firmen bleiben selbstverständlich den Arbeitern nicht unbekannt, da sie teilweise eingeweiht werden, wodurch bei ihnen der Eindruck entsteht, daß bei Aufträgen der deutschen Wehrmacht entgegen allen sonstigen kaufmännischen Gepflogenheiten Überpreise und Betrügereien erlaubt sind.

Benzin- und Mineralölversorgung.

Auf die unerlaubte Verwendung von Benzin und Solaröl wurde bereits einmal in den Meldungen aus Norwegen hingewiesen und zum Ausdruck gebracht, dass zahlreiche Sportboote mit Fischereinummern versehen sind. Dadurch ist es den Bootsbesitzern möglich unter der Voraussetzung, dass sie sich auf irgend einem - meistens ungesetzlichen - Wege Betriebsstoff verschaffen, Fahrten <sup>zu</sup> ausführen, ohne dass sie einer Kontrolle unterzogen werden.

So wurden im Jahre 1941 43, und im Jahre 1942 45 Boote von Personen, die sich früher teils nur als Sonntagsfischer betätigten, teils überhaupt keinen Fischfang ausübten, in der Stadt Stavanger neu angemeldet, trotzdem die der Fischerei zugeteilte Benzin- und Ölquote ständig geringer wurde. So sind beispielsweise im Januar 1942 vom Stavanger Oljened 18 800 Liter Solaröl an das Fischereigewerbe abgegeben worden, während die Menge im Dezember 1942 nur noch 3 000 Liter betrug. Die Benzinzuteilung sank von 1 200 Liter auf 800 Liter. Dieser Umstand der vorliegenden Brennstoffverknappung, der allgemein bekannt ist, kann bei den Antragsstellern auch in keiner Weise die Hoffnung auf eine Zuteilung rechtfertigen. Die Anträge wurden aber trotzdem gestellt und die Fischereimarken vom "Merkelovens tilsynsmann" in jedem Falle gewährt, da von dieser Stelle keinerlei Begründung (beispielsweise Berufsfischerei) verlangt wurde. Die Übersicht über die Berufe der Antragssteller 1941 und 1942 zeigt neben vielen Personen, die sich zu Tarnungszwecken als Fischer bezeichnen, Beschäftigungen wie Kontorchef, Schuhmacher, Bäckerlehrling, Kraftfahrer, Telefonarbeiter, Filmopérateur und andere. Wenngleich auch keine dieser Personen, die im Jahre 1942 eine Fischereimärke erhielten, vom Stavanger Oljened eine Benzin- oder Ölzuteilung bekamen, so wurde festgestellt, dass doch alle Bootsbesitzer, die wahllos aus der Liste 1942 herausgezogen und von hier aus überprüft wurden, Fahrten unter-

nommen hatten. Auf die Frage über die Herkunft des Betriebsstoffes wurde meistens erklärt, dass man diesen noch von früher besessen habe oder dass er beim Kauf des Bootes im Tank war. Einige führten an, dass sie den Motor nicht benutzt hätten, sondern gesegelt wären, gaben aber später zu, dass sie ab und zu den Motor gebraucht hätten, wozu allerdings nur einige Liter Benzin oder Öl nötig gewesen wären, die man eben noch von früher gehabt habe. Wenn derartige Angaben auch unglaubwürdig erscheinen, so ist es jetzt nicht mehr möglich, erfolgversprechende Nachforschungen über die tatsächlich verbrauchten Brennstoffmengen anzustellen. Auffällig ist, dass eine ganze Anzahl der Fischerei-Kennzeichen-Empfänger 1942 selbst Kraftfahrer sind oder Verbindungen zu brennstoffverbrauchenden Stellen (Wehrmacht) haben. Die Vermutung ist also berechtigt, dass die Boote dieser Leute mit illegal beschafftem Brennstoff getrieben wurden.

So gab beispielsweise der Kraftfahrer Norman Johannesen an, dass er im Jahre 1942 8 - 900 kg Fisch gefangen habe, ohne dass er Benzin oder Öl verwendet habe. Da diese Fahrten nur in seiner Freizeit stattfanden, müssen sie im einzelnen - um solche Fangergebnisse erzielen zu können - über grössere Entfernungen gemacht worden sein. Dass diese ohne Verwendung des Motors zurückgelegt wurden, ist unglaubwürdig.

Der Norweger Thoralf Log fischte im Jahre 1942 für den Hausgebrauch. Er will sein Boot Ende 1941 gekauft haben. Es sollen sich beim Kauf 60 - 70 Liter Öl im Tank befunden haben. Später gab er zu, dass er in einem (!) Falle ca. 30 Liter Öl von einem Fischer, der regelmässiger Solarölempfänger ist, bekommen habe. Log gestand auch, Vergnügungsfahrten mit seinem Boot gemacht zu haben.

Der Bootsbesitzer Erik Höiland, dessen Sohn Kraftfahrer bei der Wehrmacht ist, hat im Jahre 1942 Fangfahrten gemacht, mit Brennstoff, den er angeblich noch von früher besass.

Karsten Usken, Kraftfahrer auf einer deutschen Baustelle in

Sandnes, hat nachweislich sein Boot im Jahre 1942 benutzt und will ebenfalls noch Brennstoff aus früherer Zeit gehabt haben.

Der Disponent Kristian Lunde (u.Zt. von der norwegischen Polizei wegen Schwarzhandel und Hehlerei festgenommen) hat sein Boot angeblich Anfang 1942 mit Tankinhalt gekauft. Er gab zu, dass das Boot in einem Fall (!) zu einer Vergnügungsfahrt benutzt wurde.

Der Kraftfahrer beim Stavanger Versorgungsamt, Sven Svensen, unternahm im Sommer nachgewiesenermassen verschiedene Fahrten mit seinem Boot. Er gibt an, Ende des Jahres 1941 von einem unbekanntem schwedischen Schiff, das im hiesigen Hafen lag, in einem Fall 40, in einem anderen Falle 45 Liter Solaröl gekauft zu haben.

Die Norweger Harry Bergsli, Alfred S. Olsen und Martin Meland sind mit ihren Booten im Laufe des Jahres 1942 auf See gewesen, angeblich nur mit geringsten Fangergebnissen, und wollen für diese Fahrten alte Brennstoffvorräte benutzt haben.

Da die Angaben der Bootsbesitzer bezüglich der alten Vorräte nur schwer beweiskräftig zu widerlegen sind, werden auch in Zukunft bei der Untersuchung derartiger Fälle ähnliche Darstellungen gegeben werden, indem man sich darauf beruft, von der Anmeldepflicht des im Privatbesitz befindlichen Brennstoffes nichts gewusst zu haben.

Alle vorstehend genannten Bootsbesitzer wurden anhand der Anmeldeungsliste bei "Merkelovens tilsynsmann" für das Jahr 1942 stichprobenartig befragt, mit dem Ergebnis, dass sämtliche, ohne den Nachweis eines rechtmässigen Erwerbes von Brennstoff im Jahre 1942 erbringen zu können, mit den Booten auf See gewesen sind. Wenn es auch äusserst unwahrscheinlich ist, dass, wie die meisten angeben, nach bald 3 Jahren Brennstoffrationierung noch Vorräte in den Booten vorhanden sind oder waren - es ist vielmehr anzunehmen, dass laufend Schwarzkäufe von wahrscheinlich aus Diebstahl herrührendem Öl und Benzin statt-

finden-, so ist es auf der anderen Seite doch möglich, dass sich in einzelnen Fällen noch Brennstoffvorräte im Besitze von Bootseigentümern befinden, die laufend auf als Fischfangfahrten getarnten Vergnügungsfahrten verbraucht werden.

Um für die Zukunft einen ähnlichen unrechtmässigen Verbrauch von Benzin und Öl zu verhindern, der in seiner Gesamtheit in Norwegen ohne Zweifel einen grossen Umfang hat, wäre es angebracht, in der Art der Zuteilung von Fischereikennzeichen eine umgehende Änderung eintreten zu lassen, in der Form, dass Bootsbesitzer, die nicht den Nachweis der Berechtigung zum Empfang von Öl und Benzin erstellen können (wie beispielsweise Berufsfischer) grundsätzlich keine Marke erhalten und ihnen damit wenigstens theoretisch jede Fahrtmöglichkeit entzogen wird.

Finanzwirtschaft.

Ein kürzlich im "Drontheimer Dagsposten" erschienener Artikel unter der Überschrift "Steuererleichterung für deutsche Kapitalengagements im Ausland" hat, wie aus Drontheim gemeldet wird, nicht nur in Wirtschaftskreisen sondern auch in der übrigen Bevölkerung Anlass gegeben, Vergleiche zwischen der deutschen und englischen Wirtschaftspolitik zu ziehen. Es wurde dabei zum Ausdruck gebracht, dass Deutschland die gleichen Methoden wie England anwende und eroberte bzw. besetzte Gebiete wirtschaftlich ausbeute. In dem Artikel heisst es u.a.:

"Der deutsche Finanzminister hat für das deutsche Kapitalengagement im Ausland Steuererleichterungen bewilligt. Das betrifft Gewinnanteile, die deutschen Unternehmen aus solchen Engagements zufließen. In dieser Steuerbegünstigung liegt bestimmt ein Anrecht zu intensiveren Engagierungen in ausländischen Unternehmen in Übereinstimmung mit der deutschen wirtschaftspolitischen Linie. Solche deutsche Engagements im Ausland sind in den letzten Jahren sehr oft vorgekommen. Man braucht nur an die Ölindustrie und andere Gruppen der Schwerindustrie, an Handels- und Verkehrsunternehmen und an das Versicherungswesen zu denken. Selbstverständlich haben solche Engagements nicht nur Gewinn, sondern auch erhöhtes Risiko und vor allem teilweise eine ganz grosse steuermässige Belastung zur Folge. Dieses gilt besonders für die Länder, mit denen Deutschland bis jetzt kein Abkommen bezüglich der Doppelbesteuerung getroffen hat. Solche Abkommen sind schon mit verschiedenen Staaten, z.B. Italien, Schweden, Dänemark, Ungarn und dem Protektorat getroffen worden. Bisher ist es jedoch so gewesen, dass selbst durch diese Abkommen eine Besteuerung der Kapitalausbeute nicht ausgeschlossen wurde. In manchen Staaten, z.B. in Rumänien, entstanden hierdurch ganz grosse Steuersätze, die das deutsche Interesse an einer Kapitalinvestierung schwächten. Wenn nun die deutschen Kapitalengagements im Ausland, hierunter auch die besetzten Ge-

- 39 -

biere, jetzt steuermässig begünstigt werden können, so geschieht dies unter der Bedingung, dass sie von politisch wirtschaftlichem Interesse sind. Eine allgemeine Befreiung und Reduzierung kommt also nicht in Frage. Die Angelegenheit wird in jedem einzelnen Fall vom Finanzminister geregelt."

#### Arbeit und Sozialwesen

##### Nationaler Arbeitseinsatz.

Die Verkündung des Gesetzes über den nationalen Arbeitseinsatz hat in weiten Kreisen der norwegischen Bevölkerung stimmungsmässig insofern eine gewisse Erleichterung und Entspannung gebracht, als allgemein eine militärische Mobilisierung, zumindest aber der Einsatz norwegischer Arbeitskräfte in Deutschland bzw. im Osten befürchtet wurde. Häufig wurde zum Ausdruck gebracht, dass das Gesetz über den nationalen Arbeitseinsatz und die bisher erschienenen zusätzlichen Gesetze und Ausführungsbestimmungen bei weitem nicht so scharf seien, wie allgemein erwartet wurde. In NS- und auch in loyal eingestellten Kreisen wurde wiederholt geäußert, dass man schon längst einen den Kriegsverhältnissen angepassten Arbeitseinsatz hätte durchführen sollen. Verschiedene mit der Durchführung des nationalen Arbeitseinsatzes beschäftigten norwegischen Stellen, wie z.B. der norwegische Handwerkerverband, haben von mehreren bisher als gegnerisch bekannten Betriebsführern telefonische Anrufe erhalten, dass sie den nationalen Arbeitseinsatz 100 %ig unterstützen werden.

Nach Veröffentlichung des Gesetzes über den nationalen Arbeitseinsatz wurden von gegnerischer Seite alle möglichen Gerüchte verbreitet. Besonders wurde damit agitiert, dass viele Arbeiter nach Deutschland oder nach dem Osten geschickt werden sollen und die Initiative zur Durchführung des nationalen Arbeitseinsatzes in Norwegen nicht von Quisling sondern von deutscher Seite ausgegangen sei. Viele Norweger rechneten damit, dass die Schweden die Durchführung des nationalen Arbeitseinsatzes

in Norwegen mit einem Generalstreik beantworten würden. Der Generalstreik sei bisher nur deshalb verhindert worden, weil der schwedische König mit seinem Rücktritt gedroht habe. Allgemein befürchte man in Schweden, dass im Falle eines Rücktritts des schwedischen Königs Deutschland sofort Schweden besetzen würde.

In Arbeiter- und Handwerkerkreisen ist die Proklamierung des nationalen Arbeitseinsatzes nach den bisherigen Informationen verhältnismässig ruhig aufgenommen worden. In diesen Kreisen wird immer wieder der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass nun endlich auch einmal die sogenannten "besseren Kreise" zu einer richtigen Arbeit herangezogen werden. Es wird befürchtet, dass hier zu viel Rücksicht genommen wird. Dies kam auch in einer Sitzung der Verbandsleiter der fachlichen Landesorganisation zum Ausdruck, in der einige Verbandsleiter erklärten, dass die Arbeiter, auch wenn sie nicht der NS angehören, Sympathie für das Gesetz haben werden, wenn es auch im vollem Umfange für die "besseren Kreise" Anwendung findet.

In ausgesprochen gegnerischen Kreisen wird teilweise die Auffassung vertreten, dass der nationale Arbeitseinsatz erst im Verlauf von Monaten durchführbar sei. Bis dahin sei der Krieg für Deutschland verloren. Aus dieser Stimmung heraus ist mit einer Drückebergerei vor dem Arbeitseinsatz zu rechnen. Nach vorliegenden Meldungen versuchen besonders Intellektuelle, ihre Frauen bei sich selbst zu beschäftigen, um sie so einem anderen Arbeitseinsatz zu entziehen.

Am 27.2.43 erläuterte der Leiter der Abteilung Arbeit und Sozialwesen, Gauobmann Johlitz, vor den Verbandsleitern der fachlichen Landesorganisation die bis dahin erschienenen Gesetze und Ausführungsbestimmungen. Das Arbeitsdirektorat hatte abgelehnt, der Aufforderung Odd Fossums, vor den Verbandsleitern die mit dem nationalen Arbeitseinsatz im Zusammenhang stehenden Fragen zu erläutern, nachzukommen mit der Begründung, dass dies z.Zt. wegen Arbeitsüberlastung nicht möglich sei. Pg. Johlitz bezeichnete dies und die Tatsache, dass ein Deutscher zu

Dingen beschäftigen, die durchaus nicht kriegswichtig oder lebensnotwendig sind und hinausgeschoben werden können. Wenn man einen Expeditionschef oder einen Bürochef fragt, wieviel Angestellte bzw. Beamte er freigeben kann, wird fast jeder antworten, dass seine Abteilung voll beschäftigt ist und er keinen einzigen entbehren kann. Getz vertrat den Standpunkt, dass mindestens  $\frac{1}{3}$  sämtlicher Staats- und Kommuneangestellten zum nationalen Arbeitseinsatz herangezogen werden kann, wobei er darauf hinwies, dass der Staat 60 000 und die Kommunen 40 000 Personen beschäftigen.

Odd Fossum versicherte, dass die fachliche Landesorganisation mit allen Mitteln den nationalen Arbeitseinsatz unterstützen und besonders auch die propagandistische Tätigkeit dementsprechend ausrichten wird. Er habe zu Minister Lippestad und Dir. Guldberg (Direktorat für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung) volles Vertrauen, möchte aber darauf aufmerksam machen, dass beide von Gegnern umgeben und von diesen grösste Schwierigkeiten zu erwarten seien. Es sei anzunehmen, dass sie von irgend einer Seite Anweisungen erhalten haben, den nationalen Arbeitseinsatz zu sabotieren.

Am 8.3.43 veranstaltete die fachliche Landesorganisation eine Grosskundgebung für sämtliche Gewerkschaftsvertrauensleute von Oslo und Aker, auf der Odd Fossum über den nationalen Arbeitseinsatz sprach. Es waren ca. 1 000 Vertrauensmänner erschienen, von denen die überwiegende Mehrheit nicht der NS angehörte, zu einem Grossteil sogar gegnerisch eingestellt war. Seit dem 9. April 1940 ist es einmalig, dass es der Gewerkschaftsleitung gelungen war, eine derartige grosse Anzahl von Gewerkschaftsvertrauensleuten zu einer Kundgebung zusammenzurufen. Rein organisatorisch kann diese Veranstaltung daher als ein grosser Erfolg bezeichnet werden, doch wurde diese günstige Gelegenheit von Fossum in keiner Weise ausgenutzt, da er einmal in seinem Vortrag nichts Neues und zum grössten Teil nur Ausschnitte aus bisher erschienenen Gesetzen und Ausführungsbestimmungen brachte und zum anderen er es nicht verstand, die Versammlungsteilnehmer zu beeindrucken oder gar mitzureissen.

Sein Vortrag hinterließ nicht den geringsten Eindruck, sondern wurde im Gegenteil von vielen Vertrauensleuten belächelt und ironisiert. Selbst die engsten Mitarbeiter Fossums waren über die inhaltlose und propagandistisch wirkungslose Rede sehr enttäuscht und erklärten, dass es geradezu tragisch sei, dass Fossum es nicht verstanden habe, diese einmalige und wohl nicht wiederkehrende Gelegenheit entsprechend auszunutzen. Die Kundgebung der Osloer Gewerkschaftsvertrauensleute sollte der Auftakt für eine Versammlungstätigkeit in ganz Norwegen sein.

Mit dem Versand der Meldeformulare zur Registrierung von Arbeitskräften für den nationalen Arbeitseinsatz an die einzelnen Arbeitsämter ist am 1.3.43 begonnen worden.

Die Meldung muss in Süd- und Mittelnorwegen bis zum 31.3. und in Nordnorwegen bis zum 15.4.43 beendet sein. Innerhalb dieser Endtermine können die einzelnen Bezirke die Unterteilung der Meldegruppen selbständig regeln. Für den Bezirk Oslo und Aker ist eine Sonderregelung dahin getroffen worden, dass die Meldungen bis spätestens 20.3.43 erfolgt sein müssen. Mit der Registrierung der Meldepflichtigen wurde in Oslo am 3.3.43 begonnen.

Der Leiter des Osloer Arbeitsamtes, Holm, vermutet, dass wahrscheinlich sehr viele Personen bei der Abgabe ihrer Meldeformulare ein ärztliches Attest über ihre Arbeitsunfähigkeit beifügen werden. Es ist Sorge dafür getragen worden, dass in solchen Fällen die betreffenden Personen von dem Arzt des Arbeitsamtes, der Mitglied der NS ist, auf ihre Arbeitseinsatzfähigkeit hin untersucht werden. Auch befürchtet Holm, dass sich viele der Meldepflichtigen zu entziehen versuchen. Holm glaubt aufgrund statistischer Unterlagen, die jedoch sehr lückenhaft sind, annehmen zu können, dass für den Bereich des Osloer Arbeitsamtes ca. 40 000 Personen meldepflichtig sind.

Die schwedische Presse hat ausführlich zu dem nationalen Arbeitseinsatz in Norwegen Stellung genommen und es sei hier nachstehend ein bezeichnendes Kommentar von "Dagens Nyheter" angeführt, in dem es u.a. heisst: "Quislings Gesetze zur Mobilisie-

rung norwegischer Arbeitskraft werden durchgreifende Veränderungen im sozialen Leben Norwegens zur Folge haben. Die Reaktion der Norweger ist aber nicht in erster Linie aus ökonomischen Gesichtspunkten heraus gekommen. Obstruktion ist z. Zt. unter den Arbeitern in Norwegen nicht selten, und die norwegischen Frauen sind sicherlich nicht leicht zu behandeln, wenn die Unterjocher sie im grösseren Ausmasse einberufen werden. Dass die Arbeitskraft nur in Norwegen gebraucht werden soll, nimmt man nicht so ernst, da Quisling schon früher von einem Tag zum anderen seine Meinung geändert hat. Zuguterletzt ist es nicht Quisling, der Entscheidungen zu treffen hat. Wünscht Grossdeutschland Arbeitskräfte aus Norwegen, so muss Quisling nachgeben. Aber von Anfang an sollte es klar auf der Hand liegen, dass schwedische Eisenbahnen nicht zu Zwangsversendungen benutzt werden dürfen. So wie die Lage heute ist, leisten sie schon viel zu grosse Dienste. Das neue Gesetz mit seinen Strafbestimmungen kann zu Geschehnissen in Norwegen führen, die die Voraussetzungen für die allgemeine Absprache wegfallen lassen. Sicher ist, dass das norwegische Volk sich nicht aus freiem Willen dem neuen Gesetz unterwerfen wird. Nur das Risiko der strengen Strafandrohungen zwingt die Norweger."

#### Arbeitskarte.

Die Einführung der Arbeitskarte und die Verteilung von Wochenrationierungskarten durch die Betriebe ist von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern örtlich verschieden aufgenommen worden. Aus Bergen wird von einer zustimmenden Reaktion, sowohl von Seiten der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer berichtet. Es seien lediglich Klagen von einzelnen Berufsgruppen eingegangen, die sich gegenüber anderen benachteiligt fühlen. Beispielsweise hätten die Lokomotivführer und Heizer geäußert, dass die Schwere ihrer Arbeit nicht genügend berücksichtigt worden sei. Lokomotivführer würden nur zwei und Heizer drei Brotzusatzkarten, jedoch keine zusätzlichen Fleischkarten erhalten. Angeblich wollen sie ihren anstrengenden Dienst, insbesondere auf langen Strecken, nicht mehr gewissenhaft versehen können, weil sie wegen mangelhafter Ernährung ständig gegen die Müdigkeit ankämpfen müssten. In Drontheim erkennt ein grosser Teil der Betriebs-

führer die Arbeits- und Wochenrationierungskarte als gut an. Von der dortigen Arbeiterschaft ist diese Regelung ohne grössere Diskussion hingenommen worden, wobei Klarheit darüber besteht, dass ein willkürliches Verlassen des Arbeitsplatzes nunmehr sehr erschwert ist. Auch aus Larvik wird von einer günstigen Auswirkung der Arbeitskarte berichtet. Arbeitgeber erklärten, nun nicht mehr befürchten zu müssen, dass ihre Arbeitskräfte davonlaufen. Einem Bericht aus Stavanger zufolge, ist die Verteilung der Lebensmittelkarten durch die Betriebe, insbesondere von ledigen und alleinstehenden Arbeitern begrüsst worden, weil für sie das Anstehen vor den Versorgungsämtern fortgefallen ist. Andererseits sei man in der Arbeiterschaft teilweise enttäuscht, weil nunmehr durch die wöchentliche Verteilung der Rationierungskarten die Vorgriffsmöglichkeit erheblich beschränkt sei. Der eigentliche Sinn der Arbeitskarte, den Arbeiter im verstärktem Masse an den Arbeitsplatz zu binden, wird, wie aus Stavanger weiter gemeldet wird, von den Betriebsführern verstanden, jedoch die Regelung für erheblich verspätet angesehen, weil die Arbeitsvertragsbrüche seit ungefähr 1/2 Jahr stark zurückgegangen seien. Nach Auskünften verschiedener Betriebsführer konnten seit der Einführung der Arbeitskarte jedenfalls keinerlei bestimmte Beobachtungen gemacht werden, die auf eine besonders günstige Auswirkung hinsichtlich der Arbeitsleistung deuten. Bei den einzelnen Arbeitsplätzen, die schon immer durch eine grosse Zahl von Arbeitsvertragsbrüchen besonders aufgefallen sind, seien die dort bestehenden sozialen Zustände so unerträglich, dass diese neue Regelung nur wenig auf eine Steigerung der Arbeitsleistung wirken würde. Nach einer Meldung aus Tromsø konnten zur Einführung der Arbeitskarte von Betriebsführern und Arbeitern nur negative Äusserungen erfasst werden. Die Arbeiter seien in erster Linie deshalb verstimmt, weil sie trotz der zusätzlichen Karten nicht die Garantie hätten, die ihnen auf den Karten zustehenden Rationen (Fett, Speck und Fleisch) kaufen zu können. Während im Nordland- und Tromsøfylke die Fleischversorgung in den letzten Monaten etwas besser gewesen sei und hier in erster Linie der Schwerarbeiter beliefert wurde, hätte in Hammerfest Pfer-

defleisch auf die Arbeiterzusatzkarten verteilt werden müssen. Bei Margarine sei die Belieferung überall bis zu 1 Monat und länger im Rückstand. Übereinstimmend wird von allen Kommandeuren der Sicherheitspolizei und des SD berichtet, dass die Versorgungsämter und insbesondere auch die betroffenen Firmen über sehr viel Mehrarbeit klagen. Betriebe, die mehr als 50 Arbeiter beschäftigen, hätten mindestens 1 Arbeitskraft zusätzlich einstellen müssen. Weiterhin<sup>wird</sup> darüber geklagt, dass die Arbeiter, welche zusätzlich Weissbrot erhalten, nunmehr in jeder Woche einmal zum Versorgungsamt gehen müssen. Arbeitsmässig wirkt sich dies, besonders in den Landgemeinden, nachteilig aus, da das Versorgungsamt von dem Betriebe sehr oft weit entfernt liegt und dadurch ganze Arbeitstage verloren gehen. Das Versorgungsamt in Vestby hat das Versorgungsdepartement auf diese Zustände bereits aufmerksam gemacht und die Einführung einer neuen Regelung angeregt.

#### Neuer Bauarbeitertarif.

Spätestens am 1.4.43 soll für die Bauarbeiter sämtlicher deutscher Baustellen und Arbeiten, die im deutschen Interesse ausgeführt werden, ein neuer Tarif in Kraft treten, der eine Senkung des Stundenlohnes bis zu 30 Öre vorsieht. Diese Lohnsenkung ist von Berlin zur Voraussetzung für die Einführung der Trennungsentschädigung für sämtliche norwegischen Arbeiter, die ausserhalb ihres Wohnortes arbeiten, gemacht worden. Die Zahlung der Trennungsentschädigung wird in einem besonderen Gesetz geregelt, weil sie nicht nur Bauarbeitern, sondern wie bereits erwähnt, sämtlichen norwegischen Arbeitern gezahlt werden soll. Die Zahlung der Trennungsentschädigung, die für Verheiratete 3.- Kr. und 3.50 Kr. für nördlich des Markkreises in Einsatzkommende Arbeiter und für Ledige mit eigenem Haushalt 1.- Kr. bzw. 1.25 Kr. pro Tag betragen soll, bedeutet besonders für die Wald-, Forst- und Landarbeiter eine beachtliche Lohnerhöhung, weil diese Berufsgruppen bisher verhältnismässig schlecht entlohnt wurden und keine Trennungsentschädigung erhalten haben. Die Einführung der Trennungsentschädigung dürfte sich daher arbeits- und stimmungsmässig gerade in diesen Berufsgruppen gut auswirken, dagegen ist damit zu rechnen, dass sich der neue

Tarif auf die Stimmung der Bauarbeiter auf den deutschen bzw. im deutschen Auftrag arbeitenden Baustellen ungünstig auswirken wird und evtl. sogar mit einer Zunahme der Arbeitsvertragsbrüche gerechnet werden muss, da die Bauarbeiter nicht der Lohnausgleich sehen werden, sondern in erster Linie die Senkung des Stundenlohnes schlechthin. Die fachliche Landesorganisation und der Handwerkerverband halten den Zeitpunkt zur Einführung des neuen Reichstarifs für unpassend, weil sie ebenfalls der Ansicht sind, dass die Arbeiter und besonders solche, die nur auf Stundenlohn und nicht auf Akkordlohn arbeiten, nur die Lohnsenkung sehen. Die Arbeitnehmerverbände befürchten daher eine Unruhe auf den Baustellen. Die Arbeiter würden die Lust an der Arbeit verlieren und eine Steigerung der Produktion würde ebenfalls nicht erreicht werden. Von den Verbänden wird weiterhin darauf aufmerksam gemacht, dass die neue Regelung besonders für solche Arbeiter eine erhebliche Lohnkürzung bedeutet, die beispielsweise bei einer Osloer Firma angestellt und vorübergehend nach auswärts abkommandiert werden. Diese Arbeiter haben bisher eine Trennungsentschädigung von 5.- Kr. täglich erhalten, während ihnen in Zukunft nur eine Trennungsentschädigung von 3.- Kr. zusteht. Hinzukommt, dass auch für sie der Stundenlohn gesenkt wird. Von Seiten der Landesorganisation ist wiederholt darauf hingewiesen worden, dass sie nicht verantwortlich für den neuen Tarif gemacht werden kann und er allein auf deutschen Druck hin zustande gekommen ist. Nach Mitteilung der Gewerkschaften waren in den Tarifverhandlungen sowohl die Arbeitgeber als auch die Arbeitnehmer sehr ungehalten über die von deutscher Seite geforderte Tarifregelung und waren sehr besorgt darüber, wie die Arbeiter auf die neue Tarifregelung reagieren werden, wobei festgestellt wurde, dass die anwesenden NS-Mitglieder die gleiche Haltung einnahmen. Auf der anderen Seite wurde jedoch hervorgehoben, dass eine Reihe der sozialen Bestimmungen, wie sie der neue Tarif vorsieht, ausgezeichnet sind.

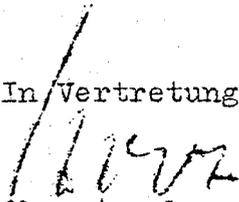
Zum neuen Reichstarif selbst sei erwähnt, dass er ursprünglich sämtliche Arbeiter in der Bau- und Anzegetätigkeit umfassen sollte, auf norwegische Vorstellungen hin nunmehr jedoch auf

- 48 -

die Bauarbeiter des zivilen Sektors keine Anwendung findet, die weiterhin nach der bisherigen Regelung entlohnt werden, d.h., dass diese Arbeiter sich gegenüber den auf deutschen Baustellen beschäftigten Arbeitern besser stehen, weil ihr Stundenlohn nicht gesenkt wird. Deutscherseits ist den Norwegern nur deshalb diese Konzession gemacht worden, weil z.Zt. nur noch 15 000 Bauarbeiter für den zivilen Sektor arbeiten und diese Zahl in nächster Zeit noch erheblich sinken wird, weil damit zu rechnen sei, dass im Zuge der totalen Kriegführung der grösste Teil dieser Arbeiter auf deutschen Bauvorhaben eingesetzt wird.

Am 4.3.1943 erläuterte der Leiter der Abteilung Arbeit und Sozialwesen, Gauobmann Johlitz und Regierungsrat Bech den deutschen Bedarfsträgern (Wehrmacht und OT) den neuen Bautarif und wurde in der Diskussion über die unklaren Punkte ein volles Einvernehmen erzielt. Gauobmann Johlitz erklärte, dass er nicht weiss, wie sich der neue Tarif auf den Baustellen auswirken wird und man mit Ruhe die Reaktion abwarten muss. Er forderte die Bedarfsträger auf, sich strengstens an den neuen Tarif zu halten und peinlichst darauf zu achten, dass in Zukunft keine höheren illegalen Löhne gezahlt werden.

In Vertretung:

  
SS-Obersturmbannführer.